Fachtagung

Dokumentation

Wenn Menschen sich engagieren

Praxis und Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements

16. Februar 2000 im TZU Oberhausen

Eine Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
und des
Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen
am 16. Februar 2000 in Oberhausen

ISBN 3-86077-916-8

Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. GPI, Bonn, und dem
Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen

Copyright 2000 by Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn, und
Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (MFJFG),
Fürstenwall 25, 40219 Düsseldorf

Redaktion: Bettina Brockmeyer
Dirk Meyer (verantwortlich)
Petra Wilke (verantwortlich)
Fotos: Wilhelm Leuschner
Druck: Toennes satz + druck GmbH, Düsseldorf
Printed in Germany 2000

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung
„Wenn Menschen sich engagieren – Praxis und Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ 5

Begrüßung
Frank D. Karl, Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitische Information der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 9

Einführungsrede
„Wenn Menschen sich engagieren"
Birgit Fischer, Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen 11

„Chancen und Grenzen des bürgerschaftlichen Engagements – Ergänzende Impulse“
Professor Dr. Bernhard Blanke, Institut für Politische Wissenschaft an der Universität Hannover 17

Bürgerschaftliches Engagement in der Praxis

Diskussion

Norbert Korte, Kontakt- und Koordinierungsstelle für Selbsthilfe und freiwilliges bürgerschaftliches Engagement, Recklinghausen 21

Karin Nell, Netzwerk-Werkstatt, Düsseldorf 25

Gertrud Servos, Netzwerk von Frauen und Mädchen mit Behinderungen in Nordrhein-Westfalen 27

Elisabeth Siebrecht, Hospiz Essen-Steele e.V. 30

Wie geht's weiter mit dem bürgerschaftlichen Engagement?

Roundtable-Gespräch

Sophie Graebsch-Wagener, Sozial- und Jugenddezernentin der Stadt Hamm 33

Dr. Erwin Jordan, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Instituts für Soziale Arbeit e.V., Münster 34

Cornelia Prüfer-Storcks, Staatssekretärin im Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen 36

Professor Dr. Thomas Rauschenbach, Universität Dortmund 37

Wolfgang Stadler, Sprecher der AG Bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen, Bezirksgeschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt in Ostwestfalen-Lippe 43

Professor Dr. Margherita Zander, Fachhochschule Münster 46

Moderation
Beate Kowollik, freie Journalistin

Kontaktadressen 53

Zusammenfassung

I.

Bürgerschaftliches Engagement ist eine unverzichtbare Bedingung für das Funktionieren moderner Gesellschaften. Es sichert den sozialen Zusammenhalt und ist das Fundament für eine lebendige Demokratie. Denn wer sich engagiert, wer Anteil am Schicksal anderer nimmt, wer sich einmischt, übernimmt Verantwortung, gestaltet Entscheidungen mit und stellt das Gemeinwohl in den Vordergrund.

In Nordrhein-Westfalen engagieren sich Menschen auf vielfältige Weise: in Vereinen, Verbänden und Initiativen, in der Nachbarschaftshilfe, in der Freien Wohlfahrtspflege, in Hospizen, in der Kirchengemeinde, in den Gewerkschaften und Parteien oder in Selbsthilfegruppen. Meist geschieht dies geräuschlos und jenseits der Scheinwerfer öffentlicher Aufmerksamkeit. Doch bürgerschaftliches Engagement verdient es, im Rampenlicht zu stehen.

Deshalb haben die Friedrich-Ebert-Stiftung und das Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen am 16. Februar 2000 eine Fachtagung zum Thema „Wenn Menschen sich engagieren – Praxis und Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements" im Technologiezentrum Oberhausen durchgeführt. Erörtert wurden die Möglichkeiten und auch Grenzen bürgerschaftlichen Engagements. Diskutiert wurden neue Anforderungen an Staat und Politik vor dem Hintergrund konkreter Erfahrungen aus der Praxis bürgerschaftlichen Engagements.

II.

Frank D. Karl, Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitische Information der Friedrich-Ebert-Stiftung, wies in seinem einleitenden Grußwort auf den allerorten feststellbaren gesellschaftlichen Wertewandel hin, der die Motive und Formen des bürgerschaftlichen Engagements verändert hat.

Auch wenn diese Entwicklung mit Risiken verbunden ist, eröffnet sie zugleich vielfältige Chancen, „die direkte politische und gesellschaftliche Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger zu stärken".

Vor diesem Hintergrund muss das freiwillige bürgerschaftliche Engagement durch neue Status- und Prestigesymbole aufgewertet werden. Den politischen Stiftungen kommt in diesem Zusammenhang eine wichtige Scharnierfunktion bei der zukünftigen Gestaltung des bürgerschaftlichen Engagements und der Förderung der Selbsthilfe zu.

Birgit Fischer, Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen, fächerte in ihrem Einleitungsbeitrag zunächst die Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements auf. In der Frauenpolitik, der Jugendarbeit, der Familienpolitik ebenso wie in der gesundheitlichen Selbsthilfe übernehmen Bürgerinnen und Bürger über ihre individuellen Belange hinaus im und für das Gemeinwesen Verantwortung.

Die Ministerin warnte vor Diskussionsansätzen, die bürgerschaftliches Engagement zum möglichen Ausfallbürgen des Sozialstaates erklären. Damit wird die Freiwilligkeit, zwingende Voraussetzung des bürgerschaftlichen Engagements, in Frage gestellt. Ebenso falsch wäre es aber auch, Bürgerinnen und Bürger überall dort von Verantwortung fernzuhalten, wo heute soziale Dienstleistungen professionell organisiert sind.

Deshalb ist es geboten, über eine neue, „veränderte Verantwortungsteilung zwischen Staat und Verbänden und einzelnen Bürgern nachzudenken".

Da die Erwartungshaltungen der Menschen je nach Alter und Lebenslage sehr unterschiedlich sind, kommt es in Zukunft verstärkt darauf an, differenzierte Angebote für bürgerschaftliches Engagement zu entwickeln. Ziel muss es sein, die unterschiedlichen Erwartungshaltungen der Bürgerinnen und Bürger mit den Angebotsstrukturen im ehrenamtlichen Bereich zusammenzubringen. Das Land ist hier als Impulsgeber und Moderator gefragt und gefordert, etwa bei der Förderung von Modellprojekten, bei der Vermittlung von Gesprächen zwischen den Akteuren oder bei der Erarbeitung geeigneter Weiterbildungsmaßnahmen für freiwillig Engagierte.

Auch Prof. Dr. Bernhard Blanke von der Universität Hannover stellte in seinem Referat die unterschiedlichen Interessen der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt.

Nach einer von ihm durchgeführten Untersuchung lässt sich bei einer allgemeinen Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement von 35 Prozent der Befragten eine „Sammlung in der Mitte" feststellen. Vor allem Menschen mittleren Alters mit einem relativ guten Einkommen und mit relativ guter Bildung erklären sich zum Engagement bereit. Daraus ergibt sich, dass das vorhandene oder potenziell mögliche Engagement vor allem von den Lebensumständen der Bürgerinnen und Bürger geprägt ist.

Prof. Blanke widersprach entschieden der verbreiteten Annahme von der Krise des klassischen Ehrenamtes. Vielmehr ist es durch die differenzierten Lebensläufe zu einer veränderten Verteilung des Engagements gekommen, ohne dass sich die geschlechtsspezifische Trennung der Engagementbereiche aufgelöst hat: Männer streben mehrheitlich nach dispositiven Ämtern in der Kommunalpolitik, den Parteien oder Gewerkschaften, während Frauen sich mehrheitlich im pflegenden sozialen Bereich engagieren.

Die unzureichende Ausschöpfung des vorhandenen Potenzials an bürgerschaftlichem Engagement liegt vor allem in den noch immer starren Strukturen der etablierten Organisationen und Institutionen, in formalisierten Abläufen und strikten Verantwortungsabgrenzungen begründet. Entsprechend wenig Verantwortung bzw. entsprechend wenig reale Entscheidungskompetenzen werden den Menschen übertragen. Ein Wandel der Institutionen ist somit unerlässlich, um die Chancen bürgerschaftlichen Engagements für die soziale Demokratie zu realisieren.

III.

Den Impulsreferaten schloss sich die Präsentation von vier Praxisbeispielen an, die das bürgerschaftliche Engagement aus der Sicht persönlicher Erfahrungen beleuchtete.

1) Zunächst stellte Norbert Korte von der Kontakt- und Koordinierungsstelle für Selbsthilfe und freiwilliges bürgerschaftliches Engagement das Netzwerk „Ehrenamt und Selbsthilfe" vor. Das im Jahr 1997 entstandene Netzwerk versteht sich als Informations- und Kontaktstelle für jegliche Formen von freiwilligem Engagement und Selbsthilfe. Sein vorrangiges Ziel ist es, Anreize für freiwilliges Engagement zu schaffen. Zugleich können sich hier interessierte Bürgerinnen und Bürger über Möglichkeiten des Engagements informieren, ohne sich verpflichtet fühlen zu müssen, in einer bestimmten Organisation mitzuarbeiten.
2) Karin Nell präsentierte die „Netzwerk-Werkstatt Düsseldorf". Die unter diesem Dach vereinigten Netzwerke verstehen sich als „soziale Dienstleistungsunternehmen", in denen vor allem Seniorinnen und Senioren ihre beruflichen und anderen Erfahrungen gegenseitig anbieten. Die Netzwerke stützen sich in ihrer Struktur und Arbeitsweise allein auf die Beteiligten. Sie bestimmen, was getan wird – und was nicht.
   Ausgangspunkt der Netzwerk-Werkstatt Düsseldorf ist die Gefahr sozialer Vereinsamung älterer Menschen im heutigen gesellschaftlichen Gefüge. Im Sinne einer sozialen Vorsorge wollen die Netzwerke daher „Sparkassen für soziales Kapital" sein.
3) Das 1995 gegründete „Netzwerk von Frauen und Mädchen mit Behinderungen e.V." wurde von Gertrud Servos vorgestellt. Das Netzwerk, das zum überwiegenden Teil ehrenamtlich sowie von zwei hauptamtlichen Stellen von Frauen mit Behinderungen getragen wird, versteht sich als ein „offener Zusammenschluss", der über die Grenzen von Nordrhein-Westfalen hinausreicht. Wichtigstes Ziel des Netzwerkes ist es, die gesellschaftliche Mitbestimmung und die konsequente Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen zu erreichen.
4) Als viertes Praxisbeispiel präsentierte Elisabeth Siebrecht die Arbeit des „Hospizes Essen-Steele e.V.", wo seit zehn Jahren Sterbende begleitet werden. Die vorwiegend ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden kontinuierlich über Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen geschult. Dazu ist eine professionelle Unterstützung unerlässlich.

IV.

Im Mittelpunkt der abschließenden Diskussion mit dem Auditorium standen die vielfältigen Formen bürgerschaftlichen Engagements ebenso wie die Frage nach verbesserten Anreizen zu seiner gezielten Förderung.

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach von der Universität Dortmund und die Staatssekretärin im Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit, Cornelia Prüfer-Storcks, verwiesen darauf, dass das Engagement auf Lebenszeit inzwischen eine Form von vielen darstellt. So ist

in den vergangenen Jahren auch das Bedürfnis nach befristetem und projektbezogenem Engagement gewachsen.

Vor diesem Hintergrund regte Dr. Erwin Jordan, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Instituts für soziale Arbeit e.V., an, weniger von der Krise als vielmehr vom (strukturellen) Wandel des Ehrenamtes zu sprechen.

Auch Wolfgang Stadler, Sprecher der AG Bürgerschaftliches Engagement der Freien Wohlfahrtspflege, legte Wert darauf, die verschiedenen Formen des Engagements auseinanderzuhalten und unterschied mit dem Ehrenamt, der Freiwilligenarbeit und der Selbsthilfe drei Typen.

Ein wichtiger Grund für den Wandel des Ehrenamtes ist nach Ansicht von Prof. Dr. Margherita Zander von der Fachhochschule Münster in der Veränderung des Geschlechterverhältnisses zu suchen. So haben sich die traditionellen Beweggründe für Frauen, ein Ehrenamt zu bekleiden, geändert – und damit aber auch die Ämter, die sie anstreben und ausführen. Während Frauen früher vor allem in den sogenannten „dienenden" Bereichen tätig waren, ist dies nun auf Grund veränderter Berufs- und Lebenssituationen nicht mehr zwangsläufig der Fall.

Einen weiteren Themenschwerpunkt der Diskussion bildete das Verhältnis zwischen ehren- und hauptamtlicher Tätigkeit. Es bestand Konsens in der Feststellung, dass sich beide Bereiche ergänzen und nicht austauschbar sind, auch wenn, wie Sophie Graebsch-Wagener anmerkte, häufig Konkurrenzprobleme zu beobachten sind. Dies bedeutet nicht, wie Cornelia Prüfer-Storcks unterstrich, die Grenzen zwischen ehren- und hauptamtlicher Arbeit zu verwischen. Im Übrigen zeigt die Frauenpolitik, wie aus ehrenamtlicher Tätigkeit auch professionelle Arbeit entstehen kann, die Grenzen mithin fließend sein können.

Bürgerschaftliches Engagement wird nicht in der Absicht geleistet, damit Geld zu verdienen – und entsprechend wenig wird darüber diskutiert.

Allerdings, so formulierte es Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, muss das Ehrenamt in finanzieller Hinsicht an die empirische Wirklichkeit angeglichen werden, etwa im Hinblick auf die Gewährung von Aufwandsentschädigungen. Es kann in Einzelfällen die Gefahr bestehen, dass die strikte Kostenlosigkeit des Engagements zum Hinderungsgrund wird.

Die Frage nach den Möglichkeiten und Anreizen für ein bürgerschaftliches Engagement, das den festgestellten Bedürfnislagen entspricht, hat eine Vielzahl an Vorschlägen und Anregungen erbracht, die nachfolgend dokumentiert sind.

Dazu gehört unter anderem, es den Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern zu ermöglichen, ihre Tätigkeit ergänzend zum Lebenslauf auszuüben. Hier sind sowohl die Kommunen als auch die Länder und der Bund gefordert. Fachgerechte Begleitung auch in Form von Supervisionen, Eingangsgesprächen etc. können dies gewährleisten – und werden zum Teil auch schon angeboten, wie die Praxisbeispiele gezeigt haben.

Eine weiteres Förderinstrument sind Qualifizierungsmöglichkeiten mit abschließenden Zertifikaten, die im Beruf individuellen Nutzen bringen können.

Begrüßung

Frank D. Karl

Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitische Information der Friedrich-Ebert-Stiftung

Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße Sie alle herzlich im Namen des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung und darf Ihnen von unserem Vorsitzenden, Holger Börner, beste Grüße übermitteln. Ich freue mich sehr, dass Sie der Einladung zu der gemeinsamen Fachtagung mit dem Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen so zahlreich gefolgt sind.

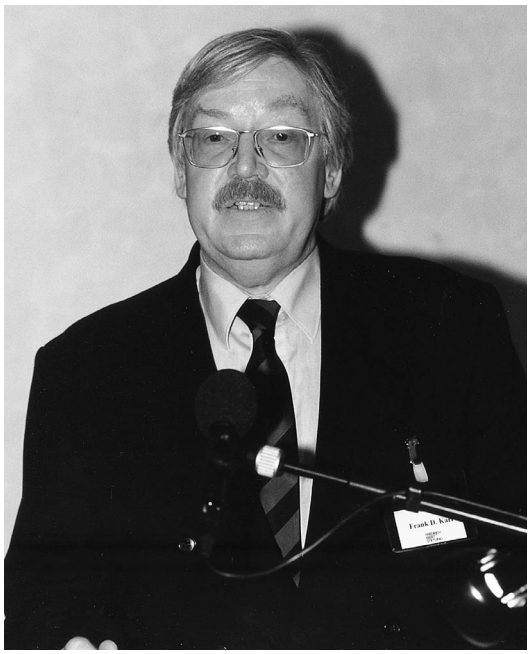
„Wenn Menschen sich engagieren" ist das Thema unserer Fachtagung, und ich darf fortsetzen, dann werden wichtige, ja die wesentlichen Stützen unseres gesellschaftlichen Fundamentes für eine lebendige Demokratie, für das Erlebnis Gemeinschaft geschaffen.

Wir alle wissen: ohne bürgerschaftliches Engagement kann unsere Gesellschaft nicht existieren. Bürgerschaftliches Engagement hilft, den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu sichern.

Wir alle wissen aber auch: der soziale Wandel unserer Gesellschaft, der strukturelle Wandel unserer Industriearbeit und damit unsere Arbeitsgesellschaft, der technologische Wandel und Fortschritt, kurzum unser heraneilendes virtuelles Zeitalter verändert tiefgreifend unsere Arbeits- und Lebenswelt und öffnet für jeden von uns mehr individuelle Zeitfenster. Wir alle haben mehr Möglichkeiten, nach Lust und Neigung zu handeln. Der traditionelle Zusammenhalt in Familien, Nachbarschaften und Vereinen wird schwächer.

Diese Entwicklung ist mit Risiken verbunden, gleichzeitig wächst das Interesse an neuen Formen des bürgerschaftlichen Engagements, in denen moderne Selbstentfaltungs- und Engagementwerte, ganz persönliche Motive, wie Aktivsein-können, mitzugestalten, Spaß zu haben und sich selbst zu erleben sowie der Wunsch nach mehr Handlungsautonomie besser verzahnt werden müssen.

Es geht hierbei um ein Stück mehr Mitverantwortung des Einzelnen und es bietet die Möglichkeit und Chance, die direkte politische und gesellschaftliche Teilhabe zu stärken.



Bürgerschaftliches Engagement ist sehr vielfältig und lebendig und setzt auf eine selbstbewusste Eigenverantwortung der Menschen.

„Wenn Menschen sich engagieren", – und ich möchte an dieser Stelle anmerken, sehr viele Menschen, nämlich rund ein Drittel engagiert sich ehrenamtlich – werden eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die beantwortet werden müssen. Wenn wir aber nun dem aktiven, bürgerschaftlichen Engagement für die Gemeinschaft eine echte Chance einräumen wollen, dann scheint es notwendig, dass diese freiwilligen Non-Profit-Dienste auch gesellschaftlich aufgewertet werden.

Politische Stiftungen haben eine Scharnierfunktion in der Gestaltung öffentlicher Diskurse. Als Forum und Faktor wollen wir den Dialog über Zukunftsfragen unserer Gesellschaft mitgestalten. Das Thema der heutigen Fachtagung verlangt eine offene, konstruktive und kontinuierliche Diskussion auf der Suche nach der zukünftigen Gestaltung von bürgerschaftlichem Engagement und Förderung der Selbsthilfe.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat in der Vergangenheit unter meiner Verantwortung eine Gesprächsreihe zum Thema „Ehrensache – Ehrenamt" begonnen, wir haben die Diskussionen fortgesetzt in eine Reihe von weiteren Podiumsveranstaltungen und Dialogen, und ich darf

an dieser Stelle anmerken, ich habe mich über die Kooperation mit dem Ministerium für Frauen, Jugend, Familien und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen sehr gefreut.

Im heutigen Programm wird es um die Praxis und Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements gehen, und nach dem Einführungsreferat von Frau Ministerin Fischer wird Herr Professor Blanke von der Universität Hannover uns über die Chancen und Grenzen des bürgerschaftlichen Engagements informieren.

Danach werden wir vier Beispielprojekte zum bürgerschaftlichen Engagement in der Praxis vorstellen, und ich möchte die Vertreterinnen und Vertreter ganz herzlich begrüßen.

In einem Roundtable-Gespräch werden wir der Frage nachgehen „Wie geht's weiter mit dem bürgerschaftlichen Engagement?". Dazu heiße ich willkommen die Sozial- und Jugenddezernentin der Stadt Hamm, Frau Sophie Graebsch-Wagener, das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Instituts für Soziale Arbeit in Münster, Herrn Dr. Erwin Jordan, die Staatssekretärin im Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen, Frau Cornelia Prüfer-Storcks, Herrn Professor Dr. Thomas Rauschenbach von der Universität Dortmund, Herrn Wolfgang Stadler, den Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Bürgerschaftliches Engagement der Freien Wohlfahrtspflege und Frau Professor Dr. Margherita Zander von der Fachhochschule Münster. Für die Moderation begrüße ich Frau Beate Kowollik.

Ich möchte bereits jetzt hier allen Mitwirkenden für ihre Bereitschaft, heute nachmittag zum Gespräch zur Verfügung zu stehen, sehr danken.

Ich bin sicher, wir werden einen interessanten Nachmittag erleben und hoffe, dass sich aus dieser Fachtagung weitere Impulse für das bürgerschaftliche Engagement, insbesondere hier bei uns in Nordrhein-Westfalen, ergeben.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und gebe nun weiter an Frau Ministerin Birgit Fischer.

Vielen Dank.

Einführungsrede

Birgit Fischer

Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen

I.

Sehr geehrter Herr Karl,
meine Damen und Herren,

auch ich begrüße Sie herzlich hier in Oberhausen zur gemeinsamen Fachveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit zum Thema „Wenn Menschen sich engagieren – Praxis und Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements".

Ich freue mich, dass diese Kooperation bei einem Thema zustande gekommen ist, dass für uns alle nicht neu, aber hoch aktuell ist.

Ein Beleg dafür ist nicht zuletzt die große Resonanz auf unsere Einladung.

II.

Das „Bürgerschaftliche Engagement" ist en vogue – ohne ein Modethema zu sein.

Seine Stärkung wird in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft intensiv diskutiert.

Gerade erst ist im Bundestag eine Enquetekommission zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements eingesetzt worden. Zahlreiche Studien sind dazu im Umlauf.

Das heißt, der Scheinwerfer öffentlicher Aufmerksamkeit ist auf dieses Feld gerichtet.

Wie kommt es zu dieser Aktualität aus Sicht sowohl der Politik als auch aus Sicht der Praxis?

Ein entscheidender Grund liegt meines Erachtens darin, dass wir an einem Scheideweg unserer gesellschaftlichen Entwicklung stehen. Nur so lassen sich bestimmte Handlungsnotwendigkeiten aus der alltäglichen Praxis des bürgerschaftlichen Engagements erklären.

So stellen wir fest: Die Bereitschaft zum Engagement scheint – nach allem was wir wissen – ungebrochen zu sein. Allerdings wächst der Wunsch nach anderen, vielfältigeren Formen.

Der Bedarf, ja die Notwendigkeit, neue soziale Strukturen zu schaffen, wird angesichts der Auflösung einheitlicher familiärer und nachbarschaftlicher Strukturen offensichtlich und drängender. Denn diese Auflösung bleibt nicht ohne schwerwiegende Folgen für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Fehlende zwischenmenschliche Bindungen und der Mangel an Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Folgen sind Entsolidarisierung, Individualisierung bis hin zur Ausgrenzung von Menschen oder Gruppen.

Welches Licht wirft das Thema „Bürgerschaftliches Engagement" auf die Praxis?

Zum einen ist die erhöhte Aufmerksamkeit eine Form der Anerkennung für die vielen Menschen, die sich über Jahre und Jahrzehnte in unterschiedlicher und vielfältiger Form engagieren.

Zum anderen bestätigt mich die erhöhte Aufmerksamkeit in der Überzeugung, dass unsere Demokratie, dass unser Sozialstaat, dass eine liberale, humane Gesellschaft nur dann funktioniert, wenn die Bürgerinnen und Bürger über ihre individuellen Belange hinaus im und für das Gemeinwesen Verantwortung übernehmen.

In Nordrhein-Westfalen übernehmen viele Menschen Verantwortung über ihren eigenen Bereich hinaus.

Sie engagieren sich, mischen sich ein, haben Anteil am Schicksal anderer, schließen sich mit anderen zusammen und gestalten Entscheidungen mit.

Sie tun dies auf vielfältige Weise und auf unterschiedlichen Feldern.

Allein in meinem eigenen Ressort fallen mir zu jedem Fachbereich Beispiele bürgerschaftlichen Engagements ein:

- Die Frauenpolitik wäre ohne engagierte Gruppen und Initiativen undenkbar. Sie spiegeln die Vielfalt frauenpolitischer Themenstellungen wider, sind Lobby und speisen wichtige Impulse in Politikfelder, Organisationen und Institutionen ein.
- Die Jugendarbeit in unserem Land wird zu einem großen Teil von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern getragen. Allein in der Jugendverbandsarbeit mit seinen 21 Jugendorganisationen sind Hunderttausende junger Menschen organisiert und leisten Tausende ehrenamtliche Arbeit.
  Mit Maßnahmen zur politischen Bildung, mit Betreuungsangeboten oder mit Kindererholungsmaßnahmen sind sie ein identitätsstiftender und kreativer Faktor für junge Menschen.
- In der Familienpolitik arbeiten wir eng mit der Familienselbsthilfe zusammen. So engagieren sich in den Familienorganisationen viele Menschen, organisieren Freizeitaktivitäten, beraten Familien in Konflikt- und Notsituationen, sind in Familienbildungsstätten aktiv oder bauen Nachbarschaftshilfe auf.
- Alte Menschen in Nordrhein-Westfalen haben ein dichtes Netz an Selbsthilfeaktivitäten geknüpft, das immer engmaschiger wird. Ein Beispiel ist das Projekt „Senioren-OnLine – das Kompetenznetzwerk". Hier werden ehrenamtliche Multiplikatoren darin geschult, älteren Menschen den Zugang zu den neuen zu Medien eröffnen.
- Die gesundheitliche Selbsthilfe ist zu einer akzeptierten Säule unseres Gesundheitswesens geworden. Der Großteil der über 12.000 Selbsthilfegruppen in Nordrhein-Westfalen kann der gesundheitlichen Selbsthilfe zugeordnet werden. Diese Gruppen leisten einen entscheidenden Beitrag dazu, dass sich chronische Erkrankung und Lebensqualität nicht ausschließen müssen.
  Und die im Gesundheitswesen immer wichtiger werdende Patientenorientierung ist von der Selbsthilfe angestoßen, weitergetrieben und mit vielen Vorschlägen angereichert worden.

III.

Egal wo sich die Menschen engagieren, ein Charakterzug ihres Engagements ist überall der gleiche:

Wer etwas für andere tun möchte, wer sich zum bürgerschaftlichen Engagement entscheidet, tut dies aus freien Stücken. Geld zu verdienen spielt hier keine Rolle.

So selbstverständlich dies vielen erscheinen mag: Mir ist es dennoch wichtig, dies zu betonen.

Ministerin Birgit Fischer (Mitte) freut sich mit Prof. Dr. Bernhard Blanke (rechts) und Frank D. Karl (links) über die gelungene Fachtagung. Im Hintergrund die Moderatorin der Veranstaltung, Beate Kowollik.

Wir sprechen beim bürgerschaftlichen Engagement nicht über Not- oder Schicksalsgemeinschaften, in denen zwischenmenschliche Solidarität gewissermaßen überlebenswichtig ist.

Wir sprechen auch nicht über die vielen kleinen und doch so wichtigen Unterstützungsleistungen, die Menschen in Familie und Verwandtschaft Tag für Tag erbringen.

Wir sprechen vielmehr über die freie Entscheidung autonom und unabhängig handelnder Menschen, die sich in besonderer Weise für andere Menschen engagieren bzw. im Gemeinwesen etwas mitgestalten und mitentscheiden wollen.

Jedes Bemühen, Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen und zu fördern, setzt diese Bereitschaft und Motivation zum Engagement voraus – es setzt aber auch zugleich voraus, dass das Engagement nicht für Einzelinteressen vereinnahmt und instrumentalisiert werden darf.

IV.

Warum lege ich auf diese Feststellung so großen Wert?

Das derzeitige öffentliche Interesse am bürgerschaftlichen Engagement ist nicht immer frei von Partikularinteressen. Es speist sich aus zum Teil sehr unterschiedlichen und manchmal auch gegensätzlichen Motiven.

So gibt es etwa eine Diskussionsrichtung, die darauf setzt, soziale Verpflichtungen des Staates könnten auf mehr oder weniger elegante Weise auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt werden.

Ihm fiele die Rolle zu, im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements eingesparte Leistungen aufzufangen – oder unerledigt zu lassen.

Ich halte dieses Motiv für sachlich und politisch falsch – ja sogar für gefährlich. Wer das bürgerschaftliche Engagement zum Ausfallbürgen des Sozialstaates macht, stellt letztlich seine Freiwilligkeit in Frage – und erweist ihm somit einen Bärendienst. Schließlich geht es nicht ums Reparieren, sondern um Gestaltungsmöglichkeiten.

Wenn Menschen den Eindruck haben müssen, instrumentalisiert zu werden, wird ihr Engagement und eine entscheidende Ressource für das Gemeinwesen zerstört.

Für genauso falsch halte ich allerdings auch die gegenteilige Diskussionsrichtung, die sagt: Bürgerschaftliches Engagement ist wünschenswert, aber die Bürgerinnen und Bürger sollten überall dort von Verantwortung ferngehalten werden, wo heute soziale Dienstleistungen professionell organisiert sind.

Selbstverständlich möchte ich darüber nachdenken dürfen, auf welchen sozialstaatlichen Politikfeldern freiwilliges bürgerschaftliches Engagement denkbar wäre.

So ist eine Überlegung sicherlich zu begrüßen, aktive Seniorinnen und Senioren – vielleicht in der Übergangsphase vom Beruf in den Ruhestand – für gemeinsame Aktivitäten mit Kindern und Jugendlichen zu gewinnen.

Ebenso würde es kinder-, jugend- und familienpolitisch Sinn machen, die Menschen stärker als bisher für ein Engagement im unmittelbaren Wohnumfeld zu gewinnen.

Ich halte es auch für geboten, dass wir beim dynamischen Wandel der sozialstaatlichen Strukturen verstärkt über eine veränderte Verantwortungsteilung zwischen Staat, Verbänden und Einzelnen nachdenken.

Wie so etwas aussehen kann, zeigt als Beispiel die gesundheitliche Selbsthilfe. Als Engagement von Betroffenen für Betroffene, von unten gewachsen, hat sie sich in den Anfangsjahren häufig in Abgrenzung zur Schulmedizin gesehen.

Die Schulmedizin ihrerseits hat in der gesundheitlichen Selbsthilfebewegung oft auch eine Konkurrentin gesehen.

Heute ist das Verhältnis weniger konfliktbelastet.

Beide verstehen sich als Partner, die sich gegenseitig ergänzen und so den Heilungsprozess, den Umgang mit der Krankheit und den Zugewinn an Lebensqualität vor allem für chronisch kranke Menschen optimieren.

Allerdings ist für mich dabei immer handlungsleitend:

- Das bürgerschaftliche Engagement bleibt freiwillig.
- Jede neue Verantwortungsteilung muss das Gemeinwohl verbessern.
- Und es wirkt komplementär zu sozialstaatlichen Leistungsstrukturen.

Es hat überall dort seine besondere gesellschaftspolitische Bedeutung, wo es Leistungen erbringt, die in dieser Form besser durch die Bürgerinnen und Bürger als durch staatliche Dienste oder durch den Markt erbracht werden können.

V.

Die aktuelle Debatte zum bürgerschaftlichen Engagement wird nicht nur im Hinblick auf seine Ergänzungsfunktionen zum Sozialstaat geführt. Sie wird auch vor dem Hintergrund einer diag-

nostizierten Krise des klassischen Ehrenamtes geführt.

Klagen aus den großen Organisationen deuten seit Jahren darauf hin, dass es schwieriger geworden zu sein scheint, Menschen für ein Engagement in Vereinen, Verbänden, Kirchen, Parteien, Gewerkschaften etc. zu gewinnen. Vor allem jüngere Menschen scheinen besonders schwer zu gewinnen zu sein.

Gleichzeitig deuten die Ergebnisse zahlreicher Studien und Umfragen darauf hin, dass die Bereitschaft zum Engagement groß ist.

Im Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit wollten wir es genauer wissen. Deshalb haben wir im Rahmen einer repräsentativen Befragung Ende letzten Jahres die Gedanken der Bürgerinnen und Bürger zum Ehrenamt, zum Bürgerschaftlichen Engagement und zur Selbsthilfe ermittelt.

Einige der wesentlichen Ergebnisse möchte ich Ihnen vorstellen:

- Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement werden spontan ganz unterschiedlich definiert und mit entsprechenden Inhalten assoziiert: Während zwei Drittel der Befragten (66%) Ehrenamt mit „Arbeit ohne Bezahlung" definierten, waren 41% der Ansicht, bürgerschaftliches Engagement meine zwar auch „unentgeltliche Aktivitäten", allerdings Aktivitäten für das „Gemeinwohl". Weitere 16% verstanden darunter den „Einsatz für die Gemeinde".
- Etwa ein Drittel der Befragten (29%) sagt von sich, schon einmal ehrenamtlich tätig gewesen zu sein bzw. bis heute aktiv zu sein. Unterscheidet man nach Altersgruppen und Bildungsabschlüssen, so bestätigen die Ergebnisse eine Reihe anderer Studien und Befragungen. Danach gilt: Je älter die Menschen desto größer das Engagement.
  Und: Je höher der Bildungsabschluss desto größer das Engagement bzw. die Bereitschaft dazu.
- Ein weiteres Viertel der Befragten kann sich vorstellen, in nächster Zukunft ehrenamtlich tätig zu werden.
  Insbesondere die Gruppe der 14- bis 24-Jährigen wäre bereit, sich auf vielen Feldern zu engagieren, etwa in der Nachbarschaftshilfe (64%), in einer Bürgerinitiative (54%) oder in einem Jugendverband (53%), aber auch in einer sozialen Organisation bzw. in einem Wohlfahrtsverband (45%).
  Damit wird das gängige Vorurteil relativiert, junge Menschen seien ausschließlich an ihrer Karriere interessiert und würden sich scheuen, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.
  Allerdings ist die Bereitschaft zum Engagement vor allem dieser Altersgruppe an Vorbedingungen geknüpft: So muss die Organisation, in der man sich ein Ehrenamt vorstellen könnte, die gleichen Werte und Ziele verfolgen, wie man selbst (93%). Rund die Hälfte (52%) der 14- bis 24-Jährigen meint überdies, das Ehrenamt müsste Möglichkeiten zur eigenen Weiterbildung bieten.
  Das deutet darauf hin: Wer sich ehrenamtlich engagiert, tut dies nicht nur aus altruistischen Gründen. Es soll auch etwas Nützliches für die eigene Person herauskommen.
- Zwei Drittel der Befragten möchte wissen, für wen man sich engagiert (67%) und wünscht sich, dass sich das Engagement auf ein konkretes Projekt bezieht (66%).
  D.h.: Wer sich engagiert, will auch genau wissen, wofür und mit welchem Ergebnis.
- Vor allem die Gruppe der 25- bis 44-Jährigen legt großen Wert auf eine zeitliche Begrenzung des Engagements (57% und 54%). Ganz offensichtlich spielt hier die persönliche Lebenslage eine zentrale Rolle, denn dieser Personenkreis steht mitten im Familienleben. Sein Zeitbudget ist knapper als das anderer Altersgruppen.
- Fragt man nach, wo sich Menschen engagieren wollen bzw. was für sie überhaupt nicht in Frage kommt, so ergibt die Befragung folgendes Bild:
  Den größten Zuspruch erfährt die Nachbarschaftshilfe (42%), vor allem unter den 14- bis 24-Jährigen. Das heißt: Attraktiv ist, was im unmittelbaren persönlichen Bezug geleistet werden kann.
- Die Bereitschaft, sich außerhalb traditioneller Strukturen engagieren zu wollen – in Selbsthilfegruppen (37%) und in Bürgerinitiativen (38%) – ist größer als die Bereitschaft, sich in einer sozialen Organisation oder in einem Wohlfahrtsverband zu engagieren (32%).
  Dies stellt Fragen an die Attraktivität der traditionellen Strukturen.
- Dies gilt in besonderer Weise auch für bislang tragende Säulen unserer staatlichen und sozialen Ordnung: Denn eine deutliche Mehrheit kann sich nicht vorstellen, sich persönlich in der Kirche (62%), in der Gewerkschaft (78%) oder in einer Partei (83%) zu engagieren.

Wie sind diese Ergebnisse zu interpretieren?

Den Fragen aus dem Publikum stellen sich auf dem Podium: Ministerin Birgit Fischer und Prof. Dr. Bernhard Blanke, moderiert von Beate Kowollik.

Wer das bürgerschaftliche Engagement und die Selbsthilfe fördern will, muss differenzierte Angebote entwickeln.

Die Erwartungshaltungen sind je nach Alter und Lebenslage sehr unterschiedlich.

Entsprechend verschieden müssen die Zugangswege zum Engagement sein.

Eine Möglichkeit sind zum Beispiel Freiwilligenzentralen, die für ganz bestimmte Personengruppen auch kurzfristige Zugänge zum Engagement eröffnen können.

Das heißt: Im Zentrum der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Selbsthilfe steht die Aufgabe, die Erwartungshaltungen der Menschen und die Angebotsstrukturen zusammenzubringen.

Das ist Sache aller Beteiligten. So ist das Land als Impulsgeber und als Moderator gefragt. Und es ist überall dort gefordert, wo es um geeignete Rahmenbedingungen geht.

Dazu gehört auch in Zukunft die Förderung von Modellprojekten.

Dazu gehört die Vermittlung von Gesprächen zum Beispiel mit der Wirtschaft, um zertifiziertes Engagement bei Bewerbungen als wichtige Kompetenz anzuerkennen.

Dazu gehören rechtliche Weichenstellungen, wie z.B. die Einbeziehung der gesundheitlichen Selbsthilfe in die kommunalen Gesundheitskonferenzen oder Veränderungen im Stiftungsrecht oder steuerlicher Regelungen.

Dazu gehört die Erarbeitung geeigneter Weiterbildungsmaßnahmen für die Ehrenamtlichen.

Die Freie Wohlfahrtspflege ist demgegenüber gefordert, in neue Konzepte zu investieren, die die Strukturen verändern bzw. die Angebote für veränderte Formen des Engagements attraktiver macht.

Ein vielversprechender Ansatz ist gerade von der AWO gestartet worden: Sie sucht im Stellenangebotsteil überregionaler Zeitungen nach Freiwilligen für konkret benannte Projekte. Sicherlich wird Herr Stadler dazu im Roundtable-Gespräch erste Erfahrungen vortragen.

Schließlich deutet das in der Befragung ermittelte hohe Potenzial zum bürgerschaftlichen Engagement darauf hin, dass es trotz veränderter Erwartungshaltungen nicht nur um gänzlich neue Strukturen geht, aber um die Notwendigkeit, Strukturen entsprechend der Erwartungen aus- bzw. umzubauen.

VI.

Das alles heißt auf einen Nenner gebracht: Nur mit Kreativität und Zukunftsvisionen werden wir neue Impulse und zukunftsfähige Modelle entwickeln können. Dazu wollen wir auch die heutige Tagung nutzen.

Einige wichtige Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Praxis und Politik konnten wir für die heutige Tagung gewinnen.

Herr Prof. Dr. Blanke, der selbst zahlreiche Studien zum Thema durchgeführt hat, wird gleich im Anschluss über die Chancen und Grenzen des bürgerschaftlichen Engagements sprechen.

Nach der Diskussion über seine Ausführungen schließt sich eine Praxispräsentation an, auf

die ich sehr gespannt bin. Denn: Was wäre eine Tagung zum bürgerschaftlichen Engagement ohne die Präsentation der lebendigen Praxis?

Last but not least sind Vertreterinnen und Vertreter aus ganz verschiedenen Bereichen zu einem Roundtable-Gespräch geladen. Mit ihnen wollen wir erörtern, wer was tun kann und wie Rahmenbedingungen geschaffen werden können, um aus den vorhandenen Potenzialen bürgerschaftliches Engagement zu entwickeln – und wie dies gemeinsam mit denjenigen gelingt, die bereits heute für das Gemeinwohl engagiert tätig sind.

Vor diesem Hintergrund freue ich mich auf unsere Fach- und Arbeitstagung, mit hoffentlich guten Ergebnissen und neuen Impulsen für die zukünftige Arbeit.

Wer gesellschaftliche Entwicklungen gestalten will, wer das Zusammenleben in einem Gemeinwesen organisieren will mit dem Ziel, den sozialen Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu sichern,

– der muss Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für die Partizipation und Beteiligung aller Altersgruppen an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen und Entwicklungen schaffen,
– der wird in der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements eine vordringliche Aufgabe sehen und ihr eine hohe Priorität zumessen.

Prof. Dr. Bernhard Blanke

Universität Hannover

Chancen und Grenzen des bürgerschaftlichen Engagements – Ergänzende Impulse –

Meine Damen und Herren,

ich danke Frau Ministerin Fischer für die verständliche Darstellung des allgemeinen wissenschaftlichen Forschungsstandes, der es mir ermöglicht, mich gleich einigen noch nicht genannten Fragen und Problemen zuzuwenden. Ich betrachte mein Referat daher als ersten Diskussionsbeitrag.

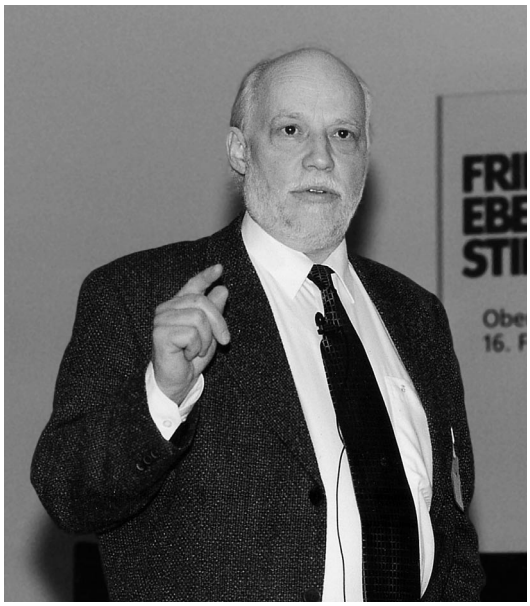
Auf Grund einer eigenen Umfrage[1] und auch persönlicher Erfahrungen ist mir aufgefallen, dass es grundsätzlich vier Faktoren gibt, die das bürgerschaftliche Engagement definieren. Zwischen ihnen existieren Spannungslinien und Konflikte, man kann deshalb von einem „magischen Viereck" sprechen (siehe Abbildung) – die offen angesprochen werden müssen, um vorhandene Grenzen des bürgerschaftlichen Engagements überwinden zu können.

Hauptansatzpunkt in der allgemeinen Diskussion zum bürgerschaftlichen Engagement sind die Interessen der Bürger. Sie werden erhoben, erforscht und es wird genau untersucht, welche Motivlagen die Bürger haben. Dabei werden drei Dinge häufig übersehen:

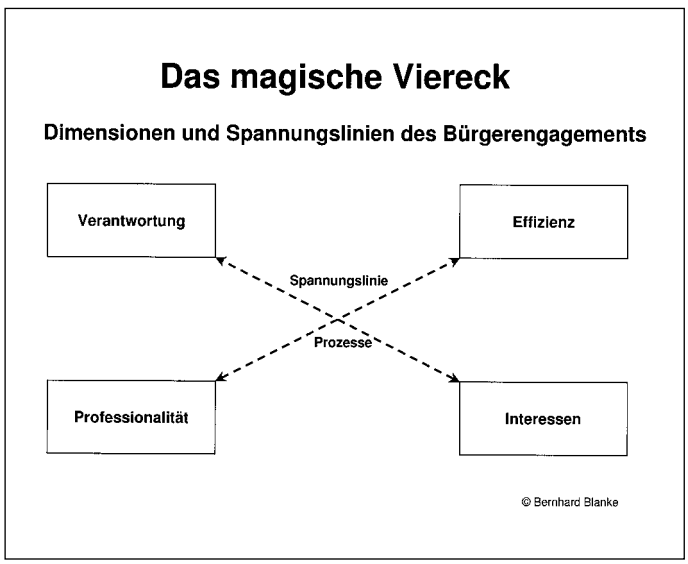
(1) Wenn man das Engagement entlang der Altersgruppen untersucht, stellt man sozusagen eine Kurve nach oben, in der Mitte des Lebens fest: gegenwärtig engagieren sich Jugendliche eher weniger, das Engagement steigt dann bis in die mittleren Lebensjahre an, in bestimmten Bereichen auch noch darüber hinaus, zum Beispiel bei den Älteren, sinkt aber in anderen Bereichen ab.

(2) Hinzu kommt: das Engagement nimmt auch nach Haushaltsgrößen zu. Die gängige Vorstellung, wonach wer zu Hause schon beschäftigt ist, der engagiert sich nicht mehr, ist falsch. Gerade diejenigen, die in der Mitte des Lebens stehen, Kinder haben, große Haushalte also, engagieren sich noch mehr als die anderen.

(3) Diese Konzentration in der Mitte der Statistiken wird nochmals verstärkt durch Faktoren wie hohes Einkommen, hohe Bildung etc., wie auch internationale Studien bestätigen. Die 30

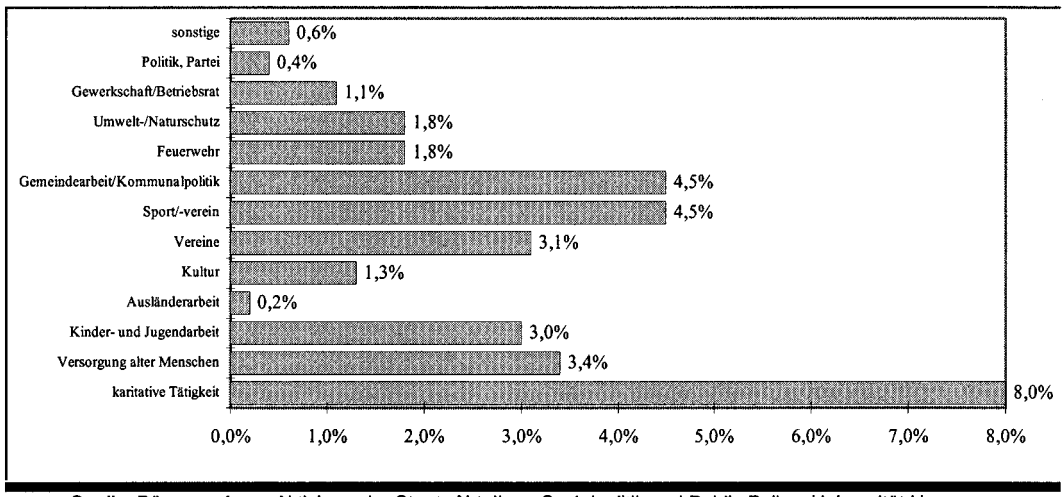


bis 35 % der Bevölkerung, die bereit sind sich zu engagieren, kommen wesentlich aus der Mitte der Gesellschaft: relativ gutes Einkommen, relativ gute Bildung, große Familie, in der mittleren Altersgruppe. Somit zeichnen sich neben den Chancen gleichzeitig auch Grenzen des Engagements ab. Es ist sehr stark abhängig von vielen weiteren Faktoren neben der Freiwilligkeit. Es wird ungemein geprägt vom Lebensumfeld, vom sozialen Raum.



1 Bürgerengagement und Aktivierender Staat 1999 (Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales des Landes Niedersachsen)

Abbildung 1: Bürgerschaftliches Engagement nach Bereichen



Quelle: Bürgerumfrage Aktivierender Staat; Abteilung Sozialpolitik und Public Policy; Universität Hannover

Sozialer Raum strukturiert Engagement

Wenn sich Menschen engagieren, gehen sie aus der Privatheit, aus der Familie oder aus dem Singlehaushalt heraus und bewegen sich in einem sozialen Raum. Dieses Sich-Bewegen-im-sozialen-Raum muss bei der Diskussion um Chancen und Grenzen des Engagements genauer analysiert werden.

Zu fragen ist: Wie wird dieser soziale Raum definiert? Wie prägen die anderen drei Faktoren des „magischen Vierecks" den sozialen Raum mit?

Hierzu meine erste These:

Meines Erachtens sprechen wir viel zu viel von Einzelnen, von den Bürgern und den Bürgerinnen; denn wenn Sie aus dem Haus gehen und sich engagieren, treffen Sie überall auf Organisation. Sie treffen überall auf Regulierungen. Sie finden einen Kreis von Organisationen vor: den von direkter Selbstorganisation über Vereine, über stärker formalisierte Organisationen, über Ämter, über Parteien, über quasi-staatliche Organisationen im Rahmen der Sozialversicherung (Abbildung 1). Das ganze Leben ist in unterschiedlichen Formen durchorganisiert, auf verschiedenen Stufen mehr oder weniger freiwillig veramtlicht und immer stärker formalisiert. Wir leben in einer „Assoziativen Demokratie", wie Gunnar Folke Schuppert schreibt, von dem auch das Schaubild stammt. Wenn die Bürger sich engagieren, orientieren sie sich sehr stark an diesen gesellschaftlich existierenden Organisationen.

Biographische Einbindung des Ehrenamtes

Die häufig vertretene These, es gebe gerade bei den Jugendlichen einen Wertewandel hin zu kurzfristigen Engagements, d.h. zu Projektengagements, würde ich eher auf die Vorstrukturierung des sozialen Raumes beziehen und sagen:

Die Jugendlichen sind eben noch nicht so stark in sozialen Netzen eingebunden, sie sind noch nicht organisiert, sie machen alles noch freiwillig.

Gehen wir aber den Lebenslauf durch, verändert sich auch ihr Engagement. Früher oder später werden auch sie in die Organisationen gehen, früher oder später wird auch ihr Engagement eher standardisiert.

Das führt mich zu meiner zweiten These:

Wir haben heute eine sehr differenzierte Sozialstruktur, sehr differenzierte Lebensläufe, sodass sich das Engagement anders verteilt als in eher traditionellen Bezügen, für die das Ehrenamt charakteristisch war.

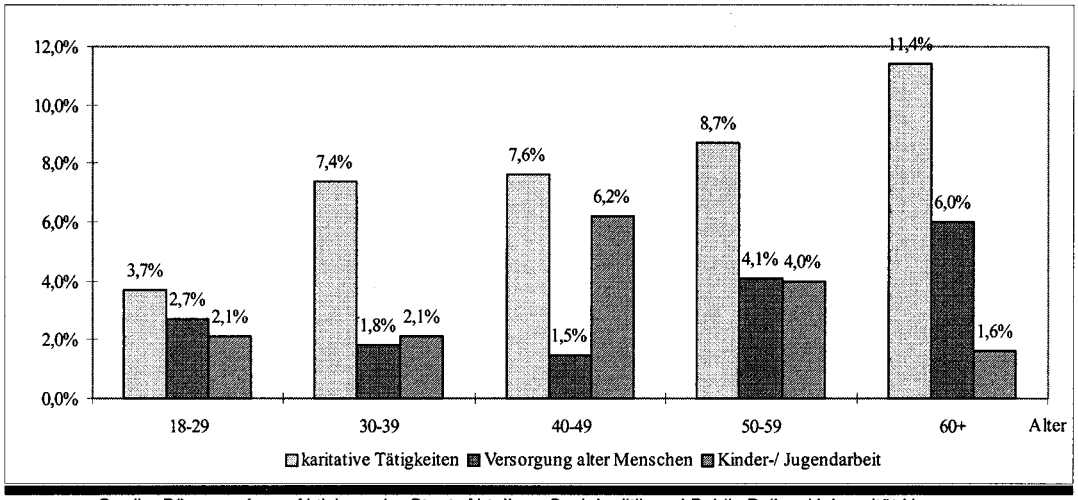
Ich würde deshalb nicht von der Krise des Ehrenamtes sprechen, ich will auch nicht die neuen Formen gegen die alten stellen. Wenn man nüchtern die Statistiken ansieht, verteilt sich das Engagement nach Milieus, es verteilt sich nach Organisation und, sieht man sich den Lebenslauf an, es standardisiert sich auch wieder.

Folgerungen

Das hat einige Konsequenzen.

Zum einen müssen wir uns die Bereiche sehr genau ansehen, in denen Bürger engagiert sind. Aus unserer Umfrage, die wir in Niedersachsen gemacht haben, ist ersichtlich, wie weit das Feld

Abbildung 2: Engagement im sozialen Bereich nach Altersgruppen



Quelle: Bürgerumfrage Aktivierender Staat; Abteilung Sozialpolitik und Public Policy; Universität Hannover

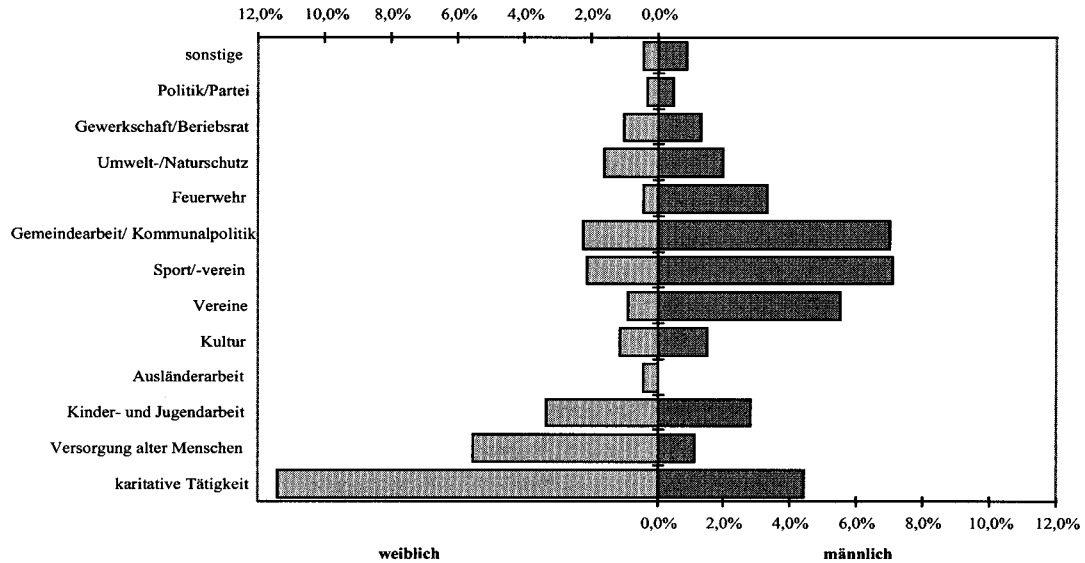
des Engagements ist. Dabei stoßen wir auf Politik, Partei, Gewerkschaft, Naturschutz, Feuerwehr, Gemeindearbeit, Kommunalpolitik, Sportvereine, Kultur-Vereine, Ausländerarbeit, Kinder- und Jugendarbeit, Versorgung alter Menschen und das ganze breite soziale Engagement, soweit es nicht um Kinder und Alte geht. (Abbildung 1 und 2)

Das heißt: Wenn die Organisationen sich selbst nicht ändern, werden sie das Potenzial nicht ausschöpfen können. Zwar sind die Organisationen dabei sich zu verändern, aber die Entwicklung ist nicht genau zu bestimmen. Alle Organisationen in dieser Gesellschaft haben längst begonnen diverse Angebote zu entwickeln, die den verschiedenen Interessen und Bereichen gerecht werden.

Eine zweite Konsequenz:

In der Gesellschaft, die aktiv ist, um Etzioni zu zitieren, beziehen sich alle aufeinander und es gibt einen ständigen Wandel. Deswegen verwende ich Begriffe wie Krise nicht so gerne, sondern möchte mir diesen Wandel sehr genau ansehen. Bezüglich der von uns erhobenen Daten weise ich auf einen Punkt hin, der für das mitveranstaltende Ministerium besonders interessant ist und bei dem es sich um ein schwerer wiegendes Problem handelt als die Krise des Ehrenamtes: Unterteilt man das Engagement nach Geschlecht, dann zeigt sich, dass die Männer in eher nicht sozialen Bereichen tätig sind (Kommunalpolitik, Sportverein, Feuerwehr, Gewerkschaft). Männer gehen eher in dispositive Ämter, sie wollen in die Vorstände, sie wollen bestimmen, Macht ausüben. Frauen hingegen

Abbildung 3: Ehrenamtliches Engagement nach Bereichen und Geschlecht in Niedersachsen



Quelle: Bürgerumfrage Aktivierender Staat; Abteilung Sozialpolitik und Public Policy; Universität Hannover

gehen eher in die pflegenden, eben in die Nicht-Machtbereiche (Abbildung 3). Wir sehen also eine traditionelle Trennung, wobei überrascht, wie deutlich der Unterschied ist.

Dennoch gibt es einen kleinen Lichtblick: Offensichtlich hat ein Wertewandel bei der Beschäftigung mit Kindern und bei der „Erziehungsarbeit" stattgefunden. Hier scheint doch inzwischen mehr Arbeitsteilung stattzufinden, als man vermutet.

Sonst aber weist diese Verteilung zwischen den Geschlechtern auf einen Punkt hin, den Etzioni mit der Organisiertheit der Gesellschaft immer wieder betont. Wer aktiv sein will, muss Bewusstsein haben, er muss handeln können und er muss Macht haben. Dieses Problem der Machtstrukturen möchte ich unterstreichen.

Sie führt mich zur dritten Konsequenz, die ich anhand des magischen Viereckes kurz skizzieren will:

Wir haben es im sozialen Raum mit Organisationen zu tun, in denen Professionalität herrscht. Häufig wird das Problem vor allem auch von Gewerkschaftern diskutiert, wonach die Freiwilligen Stellenstreichungen begünstigen, also Bürgerengagement einseitige Effizienzsteigerungen im Sinne von Kostensenkungen unterstützt – bei gleichzeitiger Arbeitsverdichtung des hauptamtlichen Personals. Dies benennt ein gravierendes Problem. Allerdings geht es bei dem in allen Organisationen diskutierten Verhältnis von Professionalität und Engagement nur vordergründig ums Geld.

Wir haben es mit einer Expertenkultur zu tun, und das sind in gewisser Weise auch Machtstrukturen; Experten, die bisher Verantwortung organisiert haben, geben sehr ungern ein Stück davon ab. Zwar wird von den engagierten Bürgerinnen und Bürgern sowohl mehr Eigenverantwortung als auch die Übernahme von mehr Verantwortung fürs Gemeinwohl erwartet. Doch sehr häufig, ob dies nun im Kindergarten oder in der Schule oder im Pflegebereich stattfindet, bleibt für den engagierten Menschen nur eine Lückenbüßer-Funktion. An der Erziehungsarbeit oder dem Pflegen darf man/frau nicht aktiv teilnehmen, also nicht mitarbeiten, dafür aber das Klassenzimmer streichen, die Wäsche waschen oder Besorgungen machen. Dies sind Formen von Engagement, die zumal dann wieder meistens von Frauen erfolgen, die nicht sehr förderlich sind – und an denen dann in der Tat die neuen Motive freiwilligen Engagements abprallen.

Wenn es denn richtig ist, wie Frau Fischer gesagt hat, dass Bürgerengagement kein Ersatz für den Sozialstaat sein darf, können wir dann auch über Fragen der Effizienz hinwegsehen?

Gerade im organisierten gesellschaftlichen Bereich, dem viel zitierten „Dritten Sektor", bestehen nach einschlägigen Untersuchungen erhebliche Effizienzprobleme, die Ausgabenstrukturen entsprechen auch nicht immer einer effektiven Aufgabenerfüllung. Hier bietet es sich geradezu an, über eine nachhaltige Qualitätsorientierung – bei der Laien und Professionelle kooperieren und sich produktiv ergänzen – auch die Fliege „Kostensenkung" zu treffen, ohne einerseits die Angebote zu reduzieren und andererseits in eine ungute Verdrängungskonkurrenz zu geraten.

Der Blick muss also über einseitige Debatten um Interessen, Motive und Potenziale der Bürger und deren Förderung hinaus gerichtet werden. So richtig es ist, über die drei A's (Anerkennung, Anreize, Aktivierung) als Förderungsinstrumente zu sprechen, so sehr liegen die Probleme nicht überwiegend beim Bürger. Die Probleme liegen bei den Institutionen. Wie reagieren sie auf das Engagement? Welche Rolle bekomme ich als Bürgerin oder Bürger zugeschrieben? Sind die Organisationen bereit, ein Stück weit auf Professionalität zu verzichten, und zwar überzogene Professionalität, Überqualifikation, Überausbildung, und auf meine Interessen und vor allem Fähigkeiten einzugehen? Sind sie bereit, Verantwortung abzugeben?

Insgesamt, denke ich, müssen wir über diese Spannungslinien und Konflikte in der organisierten Gesellschaft viel mehr nachdenken, wenn wir weitere Chancen von Bürgerengagement ausloten wollen.

Diskussion

Norbert Korte
Kontakt- und Koordinierungsstelle für Selbsthilfe und
freiwilliges bürgerschaftliches Engagement, Recklinghausen

Sehr geehrte Frau Ministerin Fischer,
meine verehrten Damen und Herren

ich freue mich im Rahmen dieser Fachtagung unser Netzwerk „Ehrenamt und Selbsthilfe" vorstellen zu können. Diese Kontakt- und Informationsstelle für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe im Kreis Recklinghausen ist eine Einrichtung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Sie ist in Zusammenarbeit mit der Kreisarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände entstanden, die sich im Rahmen ihrer Arbeitsteilung darauf verständigt haben, dass die Trägerschaft dieses Projektes beim Paritätischen liegen soll.

Zur Entstehungsgeschichte des Netzwerkes

Das Netzwerk „Ehrenamt und Selbsthilfe" hatte ein Vorläuferprojekt, das Projekt „Selbstbestimmt aktiv" im Evangelischen Bildungszentrum Haus Haardt. Dieses hatte zum Ziel, älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern neue Perspektiven durch freiwilliges Engagement zu eröffnen und damit auch neue soziale Bezüge zu schaffen. Die Mitarbeiterinnen dieses Projektes haben dann 1997 einen Tag des Ehrenamtes durchgeführt, an dem sich über 20 Organisationen überwiegend aus dem sozialen Bereich, aber auch aus dem Bildungsbereich beteiligt haben und in dem versucht wurde, Anbieter und Nachfrager in einer Art Messe zusammenzubringen. In der Folge dieses Ehrenamtstages wurde auf dem Auswertungstreffen der beteiligten Organisationen die Vereinbarung getroffen, regelmäßig zusammenzuarbeiten und weiter an dem Thema „Bürgerschaftliches Engagement" zu arbeiten.

In dieser Gründungsphase hatten wir folgende Netzwerkstruktur: Kolleginnen vom „Netzwerk Selbstbestimmt aktiv" haben die Koordination der Netzwerktreffen übernommen. Das heißt, sie wurden von ihnen vorbereitet, moderiert und ausgewertet. Sehr bald ergab sich die Notwendigkeit, bestimmte Arbeitsvorhaben an Arbeitsgruppen zu delegieren. So hat sich eine Arbeitsgruppe um den Bereich Ehrenamtsnachweise und Versicherungen gekümmert, eine andere Arbeitsgruppe hat einen Reader über die beteiligten Organisationen und ihre Ehrenamtsfelder erstellt, und die Fortbildungskalender der verschiedenen Träger wurden darauf hin durchforstet, welche Angebote für den Bereich Ehrenamt und Selbsthilfe interessant sein könnten. Ferner gab es eine Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit, die mit der Presse eine regelmäßige Artikelserie vereinbaren konnte, in der die beteiligten Institutionen und ihre Ehrenamtsfelder dargestellt wurden, verbunden mit der Aufforderung, sich bei Interesse bei der Organisation oder den Mitarbeiterinnen des Netzwerkes zu melden, um dann vermittelnd tätig werden zu können.

Nach Auslaufen der Projektphase stellte sich für die Beteiligten die Frage, wie es weitergehen sollte. Alle im Netzwerk beteiligten Organisationen haben daraufhin politische Lobbyarbeit betrieben, das heißt, sie sind einzeln beim Oberkreisdirektor und beim Landrat „aufmarschiert" und haben für den Fortbestand des Netzwerkes geworben. Dies war sehr erfolgreich, denn im Oktober/November 1998 hat es dann einen einstimmigen Kreistagsbeschluss gegeben, dieses Netzwerk durch hauptamtliche Mitarbeiter zu unterstützen, und es sind 1 1/2 Stellen eingerichtet worden. Wir haben daraufhin einen Antrag ans Land gestellt, dieses Netzwerk mitzufördern. Im März 1999 konnten wir dann unsere Einrichtung eröffnen. Im Juli 1999 erhielten wir die Förderzusage des Landes.

Der Kreis Recklinghausen hat uns gebeten, neben der Förderung des Freiwilligenengagements auch die Selbsthilfeförderung ausdrück-

lich in unsere Einrichtung aufzunehmen. Dieser Bitte konnten wir problemlos Folge leisten, schließlich hat die Arbeitsgemeinschaft der Selbsthilfegruppen im Kreis Recklinghausen von Anfang an im Netzwerk aktiv mitgearbeitet.

heutige Netzwerkstruktur sieht folgendermaßen aus: Wir haben die Kontakt- und Koordinationsstelle. Daneben ist ein Beirat aus Vertretern der Krankenkassen, der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände, des Kreises (sowohl Verwaltung als auch Politik) und der Arbeitsgemeinschaft der Selbsthilfegruppen gegründet worden. Dieser Beirat ist offen für neue Mitglieder, entsprechend der weiteren Entwicklung unseres Projektes. So werden wir zum Beispiel versuchen, mit Betrieben zu kooperieren und Vertreter in den Beirat zu bekommen.

Des weiteren haben wir örtliche Netzwerkstrukturen, die sich kontinuierlich herausbilden. Und wir haben das Kreisnetztreffen, das in Zukunft das Gremium werden soll, in dem der Erfahrungsaustausch stattfindet, in dem Aktionen abgestimmt werden und wo das Lobbying für bürgerschaftliches Engagement überlegt werden soll.

Der Kreis Recklinghausen ist ein etwas sperriges Gebilde. Wir haben 630.000 Einwohner und 10 kreisangehörige Städte. Das heißt, die 2 Mitarbeiter sind so etwas wie die Träne im Ozean. Aber wir versuchen wirksam zu werden, indem wir vor allem örtliche Netzwerkbewegungen befördern.

Es gibt örtliche Netze oder Vernetzungansätze in Recklinghausen, aber auch in Dorsten, Marl und in Castrop-Rauxel, und es gibt eine Freiwilligenzentrale in Herten mit einem sehr starken Fokus auf Kinder- und Jugendarbeit. Außerdem haben wir in Gladbeck eine Mitarbeiterin des Sozialamtes, die dort Vernetzungsarbeit im Bereich Selbsthilfe und Ehrenamt koordiniert.

Entstehung der Netzwerkstrukturen vor Ort

Ich komme nun zur Entstehung der örtlichen Netzwerke.

Der erste Schritt ist in der Regel der Impuls, die Idee. Ich will es am Beispiel Dorsten kurz erläutern: Dort hat die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände den Impuls gegeben und angeregt, einen Tag des Ehrenamtes auch in Dorsten durchzuführen.

Das Jugendamt hatte sich im Rahmen seiner Jugendhilfeplanung durch die Stadtteilkonferenzen auch schon mit diesem Thema beschäftigt und ähnliche Überlegungen angestellt. In anderen Städten gab es andere Impulsgeber. In Castrop-Rauxel beispielsweise hat der Rat beschlossen, einen solchen Tag durchzuführen und es dann der Frauenbeauftragten anheim gestellt, diesen Tag zu organisieren. In der Stadt Marl ist ein solcher Tag aus der Kooperation von Paritätischem und der Freiwilligenzentrale der evangelischen Stadtgemeinde hervorgegangen.

Der nächste Schritt nach einem Beschluss zum Ehrenamtstag ist die Suche nach den Mitstreitern: Wer muss angesprochen werden? Wie kann sichergestellt werden, dass auch keiner vergessen wird?

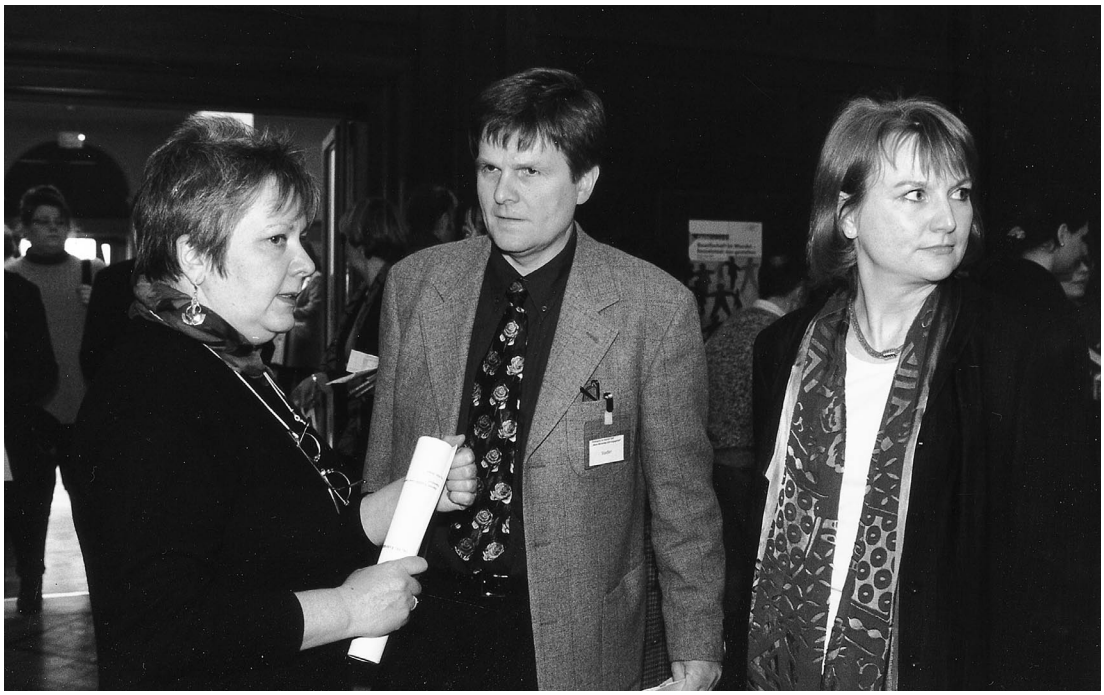
Zunächst wurde in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt Dorsten und unserem Netzwerk ein Grobkonzept für die Veranstaltung erstellt und dann öffentlich zu einem ersten Planungsgespräch eingeladen. Das Jugendamt war in der Folge Ansprechpartner für alle Interessierten, die bei dieser Veranstaltung mitmachen wollten, u.a. waren beteiligt die örtliche Arbeitsgemeinschaft der Selbsthilfegruppen, der Stadtsportbund und der Seniorenbeirat sowie die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände, also ein breites Spektrum. Es galt dann, die Bedürfnisse und Interessenlagen der sehr unterschiedlich zusammengesetzten Teilnehmer zusammenzubringen.

Die Interessenlage kann für die einen sein, neue Freiwillige zu finden, für die anderen geht es darum, sich einfach in der Öffentlichkeit bekannter zu machen. Im Rahmen solcher Vorbereitungen ist die Entwicklung neuer Kooperationen zwischen Einrichtungen und Institutionen positiv zu beobachten.

Das Netzwerk konnte vor allem fachliche Unterstützung leisten, sei es durch die Vermittlung von Referenten, sei es durch Plakatentwürfe, Handzettel usw. Der Ehrenamtstag Dorsten wurde dann mit 40 Organisationen durchgeführt, das heißt, es gab eine rege Beteiligung.

In der nachfolgenden Umsetzungsphase ging es darum, den durch den Ehrenamtstag eingeleiteten Prozess zu verstetigen. In Dorsten sind die 30 am Auswertungsgespräch beteiligten Organisationen zu dem Schluss gelangt, eine eigene Anlaufstelle zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements und der Selbsthilfe einzurichten. Dazu wurde beim Jugendamt eine Planungsgruppe etabliert, und im Sozialamt wird mit Hilfe des Seniorenbeirats jetzt eine Seniorenagentur eingerichtet, um dann vielleicht nachher diese beiden Handlungsstränge miteinander zu verknüpfen.

Sind diese Schritte erfolgreich durchlaufen, kommt es zu einer Festigung der örtlichen Netzwerkstrukturen, die dann einbezogen werden



Meinungsaustausch zwischen Akteuren des Roundtable-Gespräches, Sophie Graebsch-Wagener und Wolfgang Stadler. Rechts im Bild Dr. Hildegard Kaluza, MFJFG.

sollen in das künftige, eben schon genannte Kreisnetzwerk.

Vermittlungsarbeit

Eine weitere Aufgabe unseres Netzwerkes ist die Vermittlungsarbeit.

Dabei sehen wir es als unsere Aufgabe an, nicht nur diejenigen zu beraten, die ehrenamtlich tätig werden wollen, sondern auch solche Menschen zu beraten, die aus ihrem Ehrenamt wieder heraus wollen.

Besonders vorstellen möchte ich Ihnen nun das „Forum Freiwilligenarbeit". Es ist in der Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit des Netzwerkes entwickelt, diskutiert und beschlossen worden. Dabei handelt es sich um ein niedrigschwelliges Beratungs- und Informationsangebot, bei dem die ehrenamtlichen Mitarbeiter einer Organisation ihre Arbeit vorstellen. Nach unserer Erfahrung macht es einen Unterschied, ob ein Hauptamtlicher oder ein Ehrenamtlicher sein Arbeitsfeld und seine Motivation vorstellt. Im Vorfeld eines solchen Forums, das in der Regel einmal monatlich stattfindet, findet ein Beratungsgespräch mit den Vertretern der jeweiligen Organisation statt, um die qualitativen Aspekte der Freiwilligenarbeit abzuklären. Das heißt, es findet so etwas wie Organisationsberatung statt. Wir haben bereits gehört, dass es viele institutionelle Barrieren gibt, um ehrenamtlich tätig werden zu können. Deshalb sehen wir unsere Aufgabe im Wesentlichen darin, mit den Vertretern der Organisationen ein freiwilligenfreundliches Klima zu schaffen und die notwendigen fachlichen Voraussetzungen wirksam werden zu lassen. Das heißt konkret: Wir klären ab, ob ein Ansprechpartner für die Freiwilligen zur Verfügung steht, ob die Aufgabenfelder richtig beschrieben sind, ob man sich vorher darüber klar geworden ist, wie die Arbeitsteilung zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen vernünftigerweise aussehen kann. Wir klären, ob und in welchem Umfang Fortbildung stattfindet, eventuell auch die Frage der Supervision usw.

Dann wird mit den Ehrenamtlichen, die ihre Arbeit vorstellen, ein Termin vereinbart, um den Ablauf zu besprechen. Dieser Termin wird mit einem Pressegespräch gekoppelt, der mit den Redaktionen abgeklärt ist, die im Rahmen einer Artikelserie und unter dem Logo des Netzwerkes über die Arbeit der Freiwilligen berichten und den Termin für die Veranstaltung veröffentlichen. Des weiteren werden Interessenten aus unserer Kartei eingeladen, die für ein solches Arbeitsfeld Interesse haben könnten. Die Auswertung dieser Veranstaltung erfolgt dann im Netzwerk.

Die positiven Aspekte dieses Angebots lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

- Die Organisationen beschäftigen sich mit den qualitativen Aspekten der Freiwilligenarbeit durch die Vorbereitungsgespräche im Vorfeld des Forums.
- Die Wertschätzung für die Freiwilligen erfolgt dadurch, dass sie in der Öffentlichkeit vorgestellt und ihre Arbeit dadurch anerkannt wird.
- Wir haben ein niedrigschwelliges Beratungs- und Vermittlungsangebot für alle die, die sich interessieren. Sie treffen sich nämlich auf

neutralem Boden, denn sie gehen ja nicht in die Institutionen, sondern dieses Forum findet bei uns in den Räumen des Netzwerkes statt. Sie können sich also unverbindlich informieren, müssen sich nicht schon festlegen und haben so die Möglichkeit zu entscheiden, ob dieses Arbeitsfeld etwas für sie ist oder nicht.

- Wir haben eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit, also wir halten das Thema „Engagement" permanent in der Öffentlichkeit wach.
- Wir haben eine Verbesserung der Kooperation im Rahmen unseres Netzwerkes, da sowohl im Voraus als auch im Nachhinein über die Veranstaltung gesprochen wird. Dadurch gibt es eine Menge Kooperationspunkte.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Karin Nell

Netzwerk-Werkstatt Düsseldorf

Ich begrüße Sie recht herzlich. Mein Name ist Karin Nell, ich bin von der Netzwerk-Werkstatt in Düsseldorf.

Die Netzwerke in Düsseldorf verstehen sich als ehrenamtliche Dienstleistungsunternehmen in den jeweiligen Stadtteilen. Die Angebotsstruktur, die Organisationsstruktur und die Mitwirkungsstruktur werden den Bedürfnissen der Aktiven entsprechend gestaltet. Wir haben die Beteiligten immer wieder gefragt: „Wünschen Sie sich das? Ist das noch in Ordnung? Wünschen Sie sich etwas anderes?" Dieses Vorgehen ist nicht immer leicht. Sie können sich vorstellen, dass in den Netzwerken zum Teil sehr selbstbewusste und berufserfahrene Menschen zusammenkommen, die sehr unterschiedliche Vorstellungen mitbringen. Es bedarf deshalb schon einer intensiven Zusammenarbeit, um zu guten Kompromissen zu kommen.

Soziale Vorsorge treffen

Ich möchte an dieser Stelle besonders auf den Begriff der sozialen Vorsorge eingehen, da ich darin eine große Chance sehe, zum Ehrenamt oder zum bürgerschaftlichen Engagement zu motivieren.

Sehr viele von Ihnen haben mit Senioren zu tun, und wir alle wissen, dass finanzielle Vorsorge und gesundheitliche Vorsorge allein nicht ausreichen, um mit sehr viel Lebensqualität den Lebensabend zu gestalten. Neben diese beiden Säulen der Vorsorge muss verstärkt die soziale Vorsorge treten.

Wir haben die Netzwerke daher auch als „Sparkassen für das soziale Kapital" bezeichnet und sind der Meinung, dass wir alle über genügend soziales Kapital verfügen, das wir gewinnbringend anlegen können. Allerdings geht es hier nicht um Mark und Pfennig, sondern es geht um Lebensqualität.

Ich werde an dieser Stelle häufig gefragt, wie man denn den Einstieg ins soziale Ehrenamt schafft und woher Motivation und Mut kommen. Für meine Antwort muss dann immer Doris Blum herhalten.

Doris Blum ist eine Dame, die wir erfunden haben. Sie ist 28 Jahre alt und in ein persönliches Netzwerk eingebunden – Sie merken, ich verwende den Begriff „Netzwerk" jetzt für die Beschreibung des individuellen, persönlichen Netzwerkes; die Netzwerkarbeit in Düsseldorf bedeutet aber auch Vernetzung von Einrichtungen zum Wohle alter Menschen. –

Also, Doris Blum ist sehr eingebunden, sie hat Bruder, Schwester, Mann, zwei Kinder, Schwiegervater und Mutter. Frau Blum ist berufstätig, eingebunden in einen Kollegenkreis, ehrenamtlich aktiv in verschiedenen Vereinen, sie hat einen Schrebergarten, Schrebergartennachbarn usw. Und Doris Blum ist natürlich auch in ein Netz in ihrem Stadtteil eingebunden, sie kennt eine Menge Leute und hat mit vielen zu tun, Arzt, Pfarrer usw.

Zur besseren Illustration der Netzwerkarbeit nutze ich auf Veranstaltungen gern die Playmobilfiguren meiner Tochter. Ich stelle sie zunächst alle auf und nehme sie dann mit dem Älterwerden von Doris Blum der Reihe nach weg: die Mutter und der Schwiegervater sind die ersten, die versterben; die Kinder gehen aus dem Haus, der Sohn studiert in der Schweiz, die Tochter lernt einen Mann in Amerika kennen; die Schwester von Frau Blum hat sich eine kleine Finka auf Mallorca gekauft und beide sehen sich nur noch selten; mit Ausscheiden aus dem

Berufsleben geht auch der Kollegenkreis verloren; Frau Blum ist auch nicht mehr so sportlich, in der Seniorengruppe ihres Sportvereins sind auch immer weniger Bekannte. Dieser Prozess ließe sich immer weiterführen.

Auf den Veranstaltungen passiert bei dieser Präsentation immer das Gleiche: Der Grad an Betroffenheit steigt, weil sich plötzlich alle vorstellen können, wie instabil soziale Netze sind.

Wer in der Seniorenarbeit tätig ist, weiß, dass sich das soziale Netz im Alter stark ausdünnt. Viele Menschen sind im Alter stark vereinsamt. Deshalb muss es in unser aller Interesse sein, Vorsorge zu treffen.

Netzwerke in Düsseldorf

Die Netzwerke in Düsseldorf, die wir als ehrenamtliche Dienstleistungsunternehmen organisiert haben, bieten sich als Anlaufstellen für Menschen an, die für ihre sozialen Netze sorgen wollen. Unser Hauptanliegen ist es, soziale Netze zu erhalten, zu pflegen und zu reparieren – und im Bedarfsfall ganz neu zu knüpfen.

Zielgruppe der Netzwerkarbeit sind Vorruheständler/innen sowie aktive Senioren und Seniorinnen. Wir beschränken uns auf diese Zielgruppe, obwohl wir niemanden ausschließen, der jünger ist und sich engagieren möchte; aber die Angebote, die Fortbildungen und die Organisationsstrukturen sind auf die Bedürfnisse der genannten Zielgruppe zugeschnitten.

Die Netzwerkarbeit wirkt überdies prophylaktisch, weil die aktiven Vorruheständler dazu angeregt werden, Löcher in den sozialen Netzen zu erkennen; sie werden ermutigt, beizeiten dafür zu sorgen, dass diese Löcher gestopft werden, das heißt, sie werden ermutigt, sich für die Sicherung ihrer Lebensqualität im Alter zu engagieren. In den Netzwerken suchen sie sich ihren Interessen entsprechend Aufgaben heraus oder schaffen völlig neue Aufgabengebiete: So ist die inzwischen sehr beliebte Internetcafé-Arbeit dank der Aktiven zustande gekommen.

Es zeigt sich, dass die Ehrenamtlichen oder die Netzwerkaktiven mit ihrem Engagement durchaus aus ganz eigennützigen Motiven beginnen. Sie wollen ja gut für sich sorgen, aber sie leisten mit ihrem Engagement zugleich einen erheblichen Beitrag für das kulturelle und soziale Leben im Stadtteil.

Vielen Dank.

Gertrud Servos

Netzwerk von Frauen und Mädchen mit Behinderungen e.V.

Wenn wir vom Frauennetzwerk Frauen und Mädchen mit Behinderungen ein Motto über unsere Arbeit stellen wollten, dann würde das lauten: „Nicht ohne uns."

Was meinen wir damit?

In Nordrhein-Westfalen leben zurzeit etwa 900.000 Frauen und Mädchen mit Behinderungen. Kriterium für diese Zahl ist der Schwerbehindertenausweis. Schätzungen besagen jedoch, dass jede zehnte Frau oder jedes zehnte Mädchen chronische Krankheiten bzw. Behinderungen hat.

Was meinen wir mit Behinderungen, wenn wir von Behinderungen sprechen?

In Deutschland sagt man, behindert ist, wer einen Behindertenausweis hat. Wir dagegen würden lieber die Definition der Weltgesundheitsorganisation benutzen, die davon ausgeht, dass jeder Mensch eine Schädigung erhalten und diese Schädigung zu einer Behinderung führen kann. Ich nenne als Beispiel die Kinderlähmung. Die Beschädigung wäre, dauernd auf die Hilfe eines Rollstuhls angewiesen zu sein. Als Behinderung würden wir die Dinge verstehen, die uns daran hindern, am aktiven gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Das sind zum Beispiel bauliche, soziale und andere Barrieren.

Vom Ehrenamt zur Selbsthilfe

Gerade im Bereich der Behindertenarbeit wird deutlich, wie sehr sich die ehrenamtliche Arbeit gewandelt hat. Die Behindertenarbeit war ein klassisches Betätigungsfeld für Frauen. Heute handelt es sich eher um ein von den Betroffenen selbstbestimmtes Eintreten für ihre Interessen. Uns geht es heute um die gesellschaftliche Teilhabe und damit auch um die Teilhabe an der Macht. Wir wollen die Bedingungen mitbestimmen, unter denen wir leben. Wenn wir das tun, schafft das Lebensbedingungen, die gut sind für alle Menschen, egal, ob sie behindert sind oder nicht.

Am 29. April 1995 wurde in Dortmund von mehr als hundert Frauen das Netzwerk gegründet. Warum sagen wir Frauen und Mädchen mit Behinderungen? Weil Behinderung bzw. persönliche Beeinträchtigung nur ein Merkmal von vielen ist, die jeden Mann und jede Frau ausmachen. Wir wollen damit verdeutlichen, dass die

Gesellschaft uns aber bisher häufig nicht mit unseren Fähigkeiten und Bedürfnissen sieht, sondern uns auf den Begriff „behindert" – ich meine das geschlechtsneutral – reduziert.

Ich will Ihnen das kurz mit meiner Alltagserfahrung von heute morgen illustrieren: Da sagte jemand – und meinte es wohl ganz lieb -: „Lass doch mal den Rollstuhl durch." Ich versichere Ihnen, ein Rollstuhl ist niemals allein unterwegs, in ihm sitzt immer ein Mensch, ein Mann oder eine Frau.

Dem herrschenden Schönheitsideal können wir Frauen mit Behinderungen oft nicht entsprechen. Als Partnerin und Mutter werden wir nicht ernst genommen. In der Arbeitswelt sind wir an den Rand gedrängt, dort sind wir in der Finanzhierarchie unten angesiedelt; und in der Frauenbewegung, was uns besonders betrübt hat, wurden wir lange nicht wahrgenommen, wir fühlten uns als ungleiche Schwestern. Das heißt, wir sind doppelt diskriminiert, einmal als Frau und einmal als Menschen mit einer Beeinträchtigung. Das zu beenden, war das Ziel des Netzwerks bei seiner Gründung.

Oberstes Ziel des Netzwerkes ist es, die individuellen und gesellschaftlichen Voraussetzun-

gen für eine selbstbestimmte Lebensführung von Frauen und Mädchen mit Behinderungen zu schaffen. Uns muss eine gleichberechtigte Teilhabe an allen Lebensbereichen ermöglicht werden.

Interessenvertretung für Betroffene von Betroffenen

Das Frauennetzwerk wäre an der Schnittstelle Frauenarbeit, Gesundheit und Selbsthilfe anzusiedeln. Das Netzwerk ist ein offener Zusammenschluss. Es gibt diesen Zusammenschluss nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern inzwischen auch in den anderen Bundesländern. Sie sind zusammengeschlossen in einem Bundesnetzwerk. Die oberste Struktur ist das Plenum. Man könnte auch sagen: die Vollversammlung. Hieran können alle Frauen und Mädchen mit Beeinträchtigungen teilnehmen, egal ob sie behindert sind oder nicht. Stimmberechtigt sind aber nur die Frauen und Mädchen, die eine Behinderung haben. Das Ganze gilt ab dem Alter von 14 Jahren.

Das Forum wird gewählt aus den Frauen des Plenums. Das ist die eigentliche Arbeitsebene, anderswo wahrscheinlich die klassische Vorstandsebene. Aus dem Forum heraus werden zwei Sprecherinnen gewählt. Hier haben wir uns an die Struktur des Landes Nordrhein-Westfalen gehalten: Es gibt eine Sprecherin für den Bereich Rheinland und eine für den Bereich Westfalen. Dem Netzwerk angegliedert ist das Netzwerkbüro für organisierte und nicht organisierte Frauen.

Finanziert wird das Netzwerk bzw. das Netzwerkbüro vom Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit. Dafür wollen wir uns auch hier herzlich bedanken. Sowohl die Forumsfrauen als auch die Sprecherinnen arbeiten ehrenamtlich, im Netzwerkbüro dagegen arbeiten zwei hauptamtliche Mitarbeiter. Uns war hierbei besonders wichtig, dass zwei Arbeitsplätze für Frauen mit Behinderungen geschaffen wurden.

Sowohl im Netzwerk als auch im Netzwerkbüro wird nach dem Prinzip gearbeitet: Betroffene beraten Betroffene. Wir verstehen uns als eine politische Interessenvertretung für Frauen und Mädchen mit Behinderungen, unabhängig von der Beschädigung der betroffenen Frauen und des betroffenen Mädchens.

Dies sagt sich so leicht, doch gerade in Deutschland krankt die Selbsthilfe daran, dass der Rechtsbeinamputierte einen anderen Zusammenschluss hat als der Linksbeinamputierte. Dies hindert uns daran, Interessen zu bündeln. Als wir sagten, wir möchten schädigungsübergreifend arbeiten, war uns bewusst, dass wir dabei eine ganze Menge voneinander lernen mussten: Für mich als Frau im Rollstuhl kann die Welt nicht eben genug sein, aber Frauen und Mädchen, die sehbehindert oder blind sind, brauchen Orientierungshilfen, wie z.B. kleine Schwellen. Wir mussten im Rahmen unserer Diskussionen lernen, dass eine Gebärdendolmetscherin anwesend ist und dass wir versuchen, nicht zu schnell zu sprechen, damit sie mit der Übersetzung nachkommt; und dass wir den blinden und sehbehinderten Frauen durch unsere Sprache signalisieren, dass wir mit ihren Äußerungen einverstanden sind.

Ich bin sicher, dass wir in der Zeit, in der das Netzwerk arbeitet, ganz viel voneinander gelernt haben und weiter gekommen sind.

Arbeitsfelder des Netzwerks

Unsere Arbeit läßt sich aufteilen in die politisch-theoretische Gremienarbeit, wie zum Beispiel die Mitarbeit am Aktionsprogramm „Mit gleichen Chancen leben", die Entwicklung von Forderungen und Stellungnahmen, zum Beispiel zum SGB IX, die Teilnahme an Anhörungen, Kongressen usw., die Erarbeitung von Konzeptionen, wie zum Beispiel Beratungsangebote für Frauen und Mädchen mit Behinderungen und die Öffentlichkeitsarbeit. Wir erstellen eine Zeitung aus Infomaterialien unseres jeweils letzten Treffens. Darüber hinaus arbeiten wir praktisch in Projekten, durch die wir versuchen, Anstöße zu geben und von denen wir hoffen, dass sie künftig in der gesellschaftlichen und politischen Arbeit ihren Niederschlag finden.

Einige dieser Projekte würde ich Ihnen gerne anhand von Dias vorstellen.

Da ist zum einen unser vom damaligen Frauenministerium geförderter Kongress: „Mitten drin – behinderte Frauen in der Arbeitswelt".

Männer sind auf unseren Veranstaltungen nur als Begleitpersonen, Referenten oder als Oberbürgermeister willkommen, wobei wir durchaus den Oberbürgermeister bitten, seine Stellvertreterinnen zu entsenden.

Auf dem nächsten Dia sehen Sie uns Frauen bei der Teilnahme an einem Kongress in München. Dieser Kongress hat die Bahnhofsverwaltung in München vor größere Probleme gestellt: Als sie mir halfen, aus dem Zug zu kommen, sagten die Beamten, sie hätten doch schon fünf Frauen aus dem Zug geholfen – die Armen wussten nicht, dass noch mindestens 80 weitere Frauen in München ankommen würden.

Das nächste Bild zeigt uns bei einer Protestveranstaltung gegen das Urteil von Köln, als sich Anwohner beschwert hatten, dass die behinderten Nachbarn zu laut seien.

Uns ist es auf unseren Veranstaltungen auch immer wichtig zu dokumentieren, dass unser Leben nicht nur aus Trübsal besteht. Die Saxophonistin, die Sie auf dem nächsten Bild sehen, ist selbst beeinträchtigt. Ihr Arm ist gelähmt, er ist verkürzt, deshalb brauchte sie ein Spezialsaxophon. Aus diesem Grund war es ihr leider in Deutschland nicht möglich, Musik zu studieren, in unserem Nachbarland Holland allerdings. Inzwischen ist sie mit ihrem Musikstudium fertig, arbeitet als Musiktherapeutin und hat eine eigene Band aufgebaut, mit der sie auftritt.

Auf den nächsten Dias sehen sie unser letztes Projekt, das wir für behinderte Mädchen durchgeführt haben. Dort ging es um die Berufsorientierung behinderter Mädchen. Mit Hilfe des Handwerkerinnenhauses in Köln konnten sich die Mädchen im Rahmen von Praktika und Begleittagen in bestimmten Bereichen selbst erproben, zum Beispiel im Bereich Holz-, Elektroarbeit oder in der Glaserei, Bereiche also, in denen sie eventuell beruflich tätig sein könnten. Uns war dabei wichtig, dass sie Möglichkeiten nutzen können, die normalerweise nicht für Menschen mit Behinderungen offen stehen. In dem Projekt zeigte sich, dass Frauen und Mädchen mit Behinderungen die gleichen Zukunftsvorstellungen haben wie andere auch. Sie möchten eine Ausbildung machen, mit 20 einen netten Partner kennen lernen, heiraten und, wenn die Kinder aus dem Haus sind, wieder beruflich tätig sein. Zum Abschluss des Projektes gab es ein fröhliches Fest.

Abschließend möchte ich Ihnen gern noch sagen, dass wir in der Praxis gut mit den Gleichstellungsbeauftragten zusammenarbeiten – allerdings füge ich in Klammern hinzu, wenn das erwünscht ist. Des Weiteren arbeiten wir mit dem Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit zusammen. Hier gibt es eine ganz enge Vernetzung und Wechselwirkung.

Miteinander statt Füreinander

Unser Selbstverständnis könnte man mit dem Satz zusammenfassen: „Mit Recht verschieden." Die Arbeit im Netzwerk verstehen wir als aktiven Beitrag zu einer lebendigen Demokratie, in der alle Bürgerinnen und Bürger ihr Recht auf ein selbstbestimmtes Leben verwirklichen können. Wir wollen weg vom caritativen Gedanken, etwas für Benachteiligte zu tun – so gut der auch sein mag -, hin zu einem gleichberechtigten partnerschaftlichen Miteinander. Integration ist für uns ein aktiver Prozess, in den sich alle Menschen, ob mit oder ohne Behinderung, einbringen müssen. Und hierbei gehen wir davon aus, dass die Betroffenen selber ihre Bedürfnisse am besten formulieren und vertreten können. Grundlage unserer Arbeit ist: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Ich danke Ihnen.

Elisabeth Siebrecht
Hospiz Essen-Steele e.V.

Auch im Hospiz kommen wir ohne ehrenamtliches Engagement nicht aus.

Das Hospiz in Essen-Steele besteht jetzt seit zehn Jahren und hat damals mit reiner Ehrenamtlichkeit begonnen. Wir haben drei Jahre lang versucht, sterbende Menschen in Krankenhäusern, Altenheimen und auch vor allem zu Hause auf ihrem letzten Weg zu begleiten. Es wurde dann aber deutlich, dass die Ehrenamtlichkeit nicht ohne die Hauptamtlichkeit funktioniert. Das heißt, die ehrenamtlichen Menschen kommen und versuchen diese Zielsetzung, die wir uns da vorgenommen haben, umzusetzen, und sie kommen mit einer großen Motivation. Wir können sagen, sie sind mit ihrem Herzen dabei und versuchen anderen Menschen ihren letzten Lebensweg zu ebnen. Das bedeutet aber, dass in dieser ganz sensiblen Arbeit diese Menschen auch sehr stark beansprucht werden und in ihrer ganzen Persönlichkeit gebraucht werden, so dass sie ohne unsere Unterstützung, nämlich die Unterstützung hauptamtlicher Menschen, nicht mehr zurechtkommen.

Qualitätssicherung

Wir haben das Glück, inzwischen auch durch das Land gefördert zu werden, das heißt, wir können auf die Qualität achten, auf die Qualifikation der Ehrenamtlichen, die Begleitung und die Fortbildung, die ganz notwendig ist. Niemand, der ein Ehrenamtlicher bei uns wird, wird ohne ein Vorgespräch, ohne einen vorbereiteten Kurs zu den sterbenskranken Menschen gelassen. Und wenn er dann „vor Ort" ist, wird er weiterhin begleitet und aufgefangen, wenn das dann notwendig ist.

Ambulante und stationäre Sterbebegleitung

Lassen Sie mich die Aufgaben unseres Hospizes etwas deutlicher machen.

Wir haben in Essen-Steele das Glück, dass wir ein stationäres und ambulantes Hospiz haben. Das heißt, vorrangig werden die Menschen zu Hause begleitet. Wenn es dann nicht mehr geht und eventuell medizinische Gründe für eine stationäre Aufnahme sprechen, werden die Patienten bei uns aufgenommen. Die Ehrenamtler sind sowohl im stationären wie im ambulanten Bereich tätig. Sie sind in der Regel für einen sterbenskranken Menschen zuständig. Sie unterstützen ihn durch Gespräche, sie lesen ihm vor, oder sie gehen mit ihm spazieren, wenn er das noch kann oder begleiten ihn im Rollstuhl oder sie gehen mit ihm die Dinge noch erledigen, die ihm ganz wichtig sind auf seinem letzten Lebensweg.

In unserem Haus, das wir 1996 errichtet haben, stehen natürlich die pflegerischen und medizinischen Leistungen im Vordergrund, denn diese kranken Menschen sollten möglichst ja keine Schmerzen erleiden.

Dann wird auf die individuellen Bedürfnisse Rücksicht genommen, denn wenn sie einen sterbenden Menschen fragen, was ihm wichtig ist, dann sagt er in erster Linie: Lasst mich keine Schmerzen haben. Zweitens aber auch: Lasst mich möglichst selbstbestimmt sterben. Das heißt, so wie ich mir das vorstelle, nicht wie ihr das für mich richtig haltet. Und das Dritte ist dann in der Regel: Lasst mich nicht allein sterben. Genau an diesem Punkt sind die Ehrenamtlichen wieder gefragt.

Aber auch im Haus ergibt sich viel Arbeit für ehrenamtliches Engagement. Zu den bereits erwähnten persönlichen Begleitungen kommen noch gemeinsame Nachmittagsrunden oder Trauergruppen zum Beispiel für diejenigen, die sich aussprechen möchten, Kaffeerunden, an denen die Kranken teilnehmen, die noch aus ihren Wohnräumen herauskommen. Die Ehren-

amtlichen sind auch nur als stille Begleiter da, wenn der sterbenskranke Mensch das wünscht.

Professionelle Unterstützung ist notwendig

Was mir weiterhin wichtig ist herauszustellen: ehrenamtliches Engagement benötigt tatsächlich ganz viel Begleitung. Es ist nicht damit getan ist, dass jemand kommt und jetzt seine Herzensbildung oder andere Dinge, die er mitbringt, zur Verfügung stellt. Die Ehrenamtlichen nehmen auch ganz viel wieder mit zurück. Das ist auch wichtig, denn sonst wäre die Sterbebegleitung der Ehrenamtlichen ganz schnell „verbraucht". Wir versuchen deshalb immer in den Qualifikationskursen mit den Ehrenamtlern die Frage herauszuarbeiten: „Was bekomme ich, und was gebe ich?" Zu Anfang hat derjenige große Schwierigkeiten zu sagen, ich möchte etwas mitnehmen. Aber es geht nicht ohne das Mitnehmen. Wer nur abgeben würde und immer nur geben und geben wollte, würde dieses Engagement ganz schnell kraftlos niederlegen. Auch das erleben wir natürlich und es gibt eine hohe Fluktuation bei den Ehrenamtlichen. Allerdings halte ich das auch für normal.

Wir Hauptamtlichen haben die Verpflichtung, den Ehrenamtlichen da auch zu bremsen, zu sehen, wann er überlastet ist, für ihn zu sorgen und auch für ihn da zu sein.

Deshalb würde ich mir wünschen, dass überall da, wo ehrenamtliches Engagement stattfindet, Sorge getragen wird für diese Menschen.

Vielen Dank.

Roundtable-Gespräch

Sophie Graebsch-Wagener

Sozial- und Jugenddezernentin der Stadt Hamm

1. Menschen arbeiten aus unterschiedlichsten Motivationen unentgeltlich entweder im Ehrenamt oder im bürgerschaftlichen Engagement. Dies reicht von Jugendlichen, die keinen Einstieg in den Beruf finden und gemeinsam etwas errichten, über Menschen, die arbeitslos sind und sich zwischenzeitlich engagieren und dabei ihre beruflichen Kenntnisse qualifizieren, über Rentner, die ihren Ruhestand mit sinnvoller Tätigkeit anreichern, bis hin zu Menschen, die mit ihrem Engagement für eine Gruppe ihre eigene Isolation überwinden. Darüber hinaus sollte nie vergessen werden, dass ehrenamtliches Engagement für viele Menschen auch ein Karrierebegleiter ist – und das gilt nicht nur für das ehrenamtliche Engagement im Bereich der Politik – und dass das ehrenamtliche Engagement auch wesentliche Wirkungen in Bezug auf das eigene Selbstbewusstsein und den eigenen Wert in der jeweiligen sozialen Gruppe hat, in der man sich befindet.

2. Wie die unterschiedliche Motivationslage schon deutlich macht, muss das Ergebnis der unentgeltlichen, ehrenamtlichen Arbeit – eben da es nie Ersatz für Erwerbsarbeit sein kann – einen persönlichen Gewinn für den Einzelnen bringen. Dieser Gewinn muss durchaus nicht im finanziellen Bereich liegen, sondern kann durch persönliche Zuwendung, Qualifizierung oder auch durch Erlebnis von gemeinschaftlicher Tätigkeit erreicht werden.

3. Ehrenamtlich Tätige, insbesondere im Sozialbereich, brauchen ein professionelles Gerüst im Hintergrund, um Rat zu finden, Überlastung anzuzeigen und Beratung und Hilfestellung bei Schwierigkeiten zu finden.
   Dabei ist das Verhältnis zwischen Ehrenamtlichen und Professionellen nicht immer ungestört. Schwierigkeiten ergeben sich dann, wenn Ehrenamtliche sehr selbstbewusst werden und von den Professionellen als Konkurrenten empfunden werden. Aber auch hier wird noch einmal deutlich: Selbst wenn die Professionellen Angst davor haben, dass Ehrenamtliche sie verdrängen könnten, Ehrenamtlichkeit kann kein Ersatz für professionelle Tätigkeit im Sozialbereich sein.

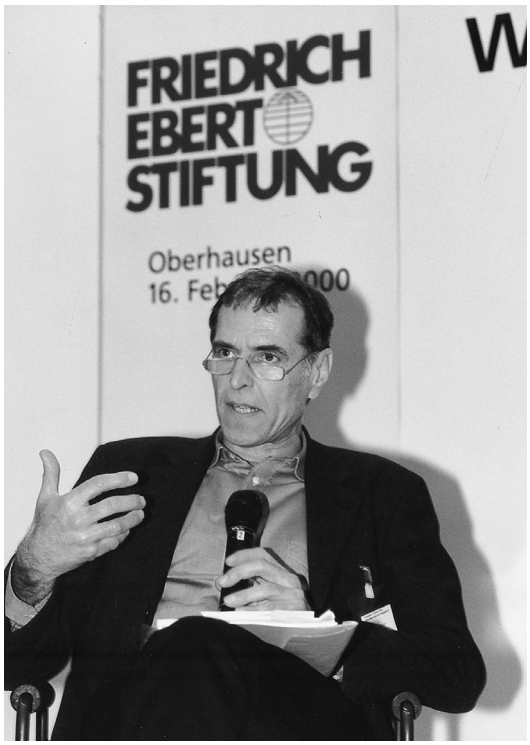
4. Ehrenamtliches Engagement, insbesondere im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements, stellt für die repräsentative Demokratie im kommunalen Bereich oft eine Belastungsprobe dar. Prozesse der Bürgerbeteiligung bedeuten auch Machtgewinn für die am Prozess Beteiligten und unter Umständen eine Einschränkung der Macht für die jeweiligen Politikbereiche. Dies wird oft spannungsreich erlebt, z. B. im Verhältnis von Bürgerinitiativen zu Kommunalpolitik.

Fazit:

Es ist gesellschaftlich notwendig und wichtig, dass Menschen sich engagieren. Glücklicherweise tun sie dies auch trotz aller Unkenrufe immer noch, wenn sie das Gefühl haben, persönlich Gewinn aus ihrem Engagement zu ziehen, wobei der Gewinn nicht im Finanziellen zu sehen ist.

Es gibt ein Spannungsverhältnis zwischen ehrenamtlichem Engagement und professioneller Arbeit sowie zwischen bürgerschaftlichem Engagement und der repräsentativen Demokratie.

Dr. Erwin Jordan
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Instituts für soziale Arbeit e.V.



Partielle Gleichgültigkeit von Engagement

Angesichts der neueren und wohl auch positiv zu bewertenden Entwicklungen im Bereich der ehrenamtlichen Arbeit sollte nicht übersehen werden, dass im Bereich der „klassischen Ehrenämter" nicht selten engagierte Menschen fehlen.

Ich denke hier beispielsweise an Vormundschaften für Kinder und Jugendliche, ein klassisches Ehrenamt, das im Bürgerlichen Gesetzbuch gegenüber der Berufsvormundschaft, die durch das Jugendamt wahrgenommen wird, sogar mit Vorrang versehen ist. Wir finden in der Praxis kaum noch Personen, die Vormundschaften für Kinder übernehmen. Vergleichbares lässt sich für den Bereich der Beistandschaften für Erwachsene sagen. Ein weiteres Beispiel sind Pflegefamilien, also das Engagement für Kinder, die, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr in ihren Herkunftsfamilien aufwachsen können. Von den Fachkräften hört man immer wieder, dass sie nicht mehr Kinder in Pflegefamilien vermitteln könnten, weil es nicht genügend Familien gibt, die diese Augabe übernehmen wollen und können.

Anforderungen an Staat und Gesellschaft

Ich will damit nicht sagen, dass sich diese Potenziale nicht wieder wecken ließen. Wenn aber das klassische, ehrenamtliche Engagement keine kulturelle Selbstverständlichkeit mehr ist, dann bedarf es verstärkter staatlicher und gesellschaftlicher Aktivitäten, um Personen für diese Aufgaben zu gewinnen, über diese Betätigungsmöglichkeiten zu informieren und eine sinnvolle und effektive Freiwilligenarbeit beratend und begleitend zu unterstützen.

Wandel statt Krise

Im Ergebnis muss dies aber nicht heißen, dass in den zurückliegenden Jahren das soziale Engagement in Politik und Gesellschaft geringer geworden ist. Angemessener wäre es wohl, von einem Wandlungsprozess zu sprechen, der in der Literatur auch mit dem Begriff des „neuen Ehrenamts" gefasst oder als „Strukturwandel des Ehrenamts" bezeichnet wird. Dieser Wandel bezieht sich wohl im Wesentlichen darauf, dass Freiwilligenarbeit heute stärker im Kontext projektbezogener und überschaubarer, nicht aber im Rahmen eines allumfassenden und auf längere Zeit angelegten Engagements gesucht und praktiziert wird. Stichworte sind hier: projektbezogener, befristeter Einsatz innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes, Möglichkeit zur inhaltlichen Ausgestaltung des Engagements, Sicherung und Nutzung von Freiräumen, Ausrichtung der freiwilligen Tätigkeit an der eigenen biografischen Situation, fließenderer Übergang zwischen Selbst- und Fremdhilfe.

Was muss getan werden?

Im Ergebnis geht es also darum, die Motive und Interessen für ein solches „modernes" Ehrenamt auszuloten und Strukturen zu schaffen, die diese grundsätzliche Bereitschaft zum Engagement dann auch in praktischen Tätigkeitsfeldern wirksam werden lassen kann. Dabei sollte es auch möglich werden, die Grenzen zwischen unbezahlter und bezahlter Arbeit flexibler zu gestalten. Es wäre problematisch, wenn man als einen „guten" Ehrenamtlichen nur denjenigen ansehen würde, der alles aus der eigenen

Tasche bezahlt. Es sollte durchaus möglich sein, durch Aufwandsentschädigungen etc. Menschen das Engagement zu erleichtern. In vielen Bereichen ehrenamtlicher Arbeit ist das ja auch geübte Praxis. Der ganze Sportbereich lebt wesentlich von ehrenamtlich Tätigen, Übungsleitern und Trainern. Dabei werden Aufwandsentschädigungen gezahlt. Auch die gewählten politischen Repräsentanten auf der kommunalen Ebene (Gemeindevertreter) machen ihre Aufgabe im politischen Bereich in der Regel ehrenamtlich, wobei sie gleichzeitig aber auch Aufwandsentschädigungen (Sitzungsgelder) bekommen und meines Wissens niemand diese Praxis ändern möchte.

Cornelia Prüfer-Storcks
Staatssekretärin im Ministerium für Frauen, Jugend,
Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Präsentation der Praxisbeispiele auf der Tagung hat gezeigt: Menschen engagieren sich auf vielfältige Weise und dokumentieren damit, dass das Ehrenamt selbst keineswegs in der Krise steckt.

Allerdings haben sich die Ansprüche an bürgerschaftliches Engagement insofern verändert, als an das Engagement legitime Erwartungen im Hinblick auf den individuellen Nutzen geknüpft sind. Dazu gehört beispielsweise der Aufbau von sozialen Kontakten und die Zusammenarbeit mit anderen Menschen. Dazu gehört der Wunsch, vorhandene Qualifikationen zu nutzen, um einen Einstieg in professionelle Tätigkeit zu schaffen, um den Beruf ehrenamtlich zu begleiten oder aber um aus dem Beruf herauszugleiten. Und dazu gehört die Erwartung, sich unentgeltlich in möglichst konkreten Projekten engagieren zu können.

Hinzu kommt, dass das bürgerschaftliche Engagement durch den Wandel der Frauenrolle eine gravierende Veränderung erfährt. Für immer mehr Frauen werden Familie und Berufstätigkeit selbstverständlich. Lange nichtberufliche und nachfamiliäre Phasen, in denen die Kinder aus dem Haus sind und Frauen sich eine ehrenamtliche Arbeit suchen, werden seltener.

Angesichts dieser gesellschaftlichen Veränderungen, vor allem angesichts des Wandels weg vom langfristigen Engagement in einem Verband, Verein oder ähnlichem hin zu kürzeren und projektorientierten Tätigkeiten, können und müssen die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement weiterentwickelt werden.

Das meint zunächst einmal, ehrenamtliche Arbeit etwa durch infrastrukturelle Förderung zu unterstützen, angefangen bei der Bürokommunikation über die Bereitstellung von Vernetzungs- und Artikulationsmöglichkeiten bis hin zur Förderung von Supervision zum Beispiel im Hospizbereich.

Das meint aber auch, den individuellen Nutzen bürgerschaftlichen Engagements mit Hilfe von Zertifizierungen zu erhöhen, die beispielsweise in der Arbeitswelt anerkannt werden.

Die grundsätzliche Trennung von Erwerbsarbeit und ehrenamtlicher Tätigkeit bleibt dabei bestehen. Diskussionen, diese durch Anrechnung von Zeiten bürgerschaftlichen Engagements bei der Rente aufzuheben, unterliegen der Gefahr, vor allem Frauen aus der regulären Erwerbsarbeit zu verdrängen.

Überdies hat die Vergangenheit gezeigt, dass aus ehrenamtlicher Arbeit professionell geleistete und auch staatlich finanzierte Arbeit werden kann. So gäbe es, um nur ein Beispiel zu nennen, die institutionalisierte Frauenpolitik ohne die Frauenbewegung nicht.

Die staatliche Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der ehrenamtlichen Arbeit darf nicht als Ersatz für eingesparte soziale Dienstleistungen instrumentalisiert werden. Vielmehr ergänzt bürgerschaftliches Engagement sozialstaatliche Leistungen, die ausschließlich professionell weder organisiert noch bezahlt werden könnten. Ein gutes Beispiel hierfür ist die gesundheitliche Selbsthilfe, die sich von einer Konkurrentin zur Partnerin der Schulmedizin gewandelt hat.

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach
Universität Dortmund

I.

Das Ehrenamt – eine Einordnung

Wenn wir von Ehrenamt, bürgerschaftlichem Engagement, Bürgerengagement, Freiwilligenarbeit und dergleichen sprechen, zeigt sich häufig, dass wir eigentlich gar nicht so genau wissen, von was wir reden. Je länger es um derartige Themen und Fragestellungen geht, um so größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass irgendwie alles dazugehört, alles drin ist.

Jeder Mensch engagiert sich mehr oder weniger stark in seinem Umfeld, seiner Umgebung. Ich halte es deshalb für ganz wichtig, dass man die verschiedenen Formen des Engagements unterscheidet und auseinander hält und will drei Beispiele nennen.

(a) Wenn ich mit dem Beispiel „Behinderte" anfange, dann geht es in dieser Hinsicht um eine Frage der Selbstbestimmung und des Selbstbestimmungsrechts. Es kann gar nicht ernsthaft zur Debatte stehen, dass in einer modernen Gesellschaft die einzelnen Menschen, aber auch Personengruppen ein Höchstmaß an Selbstbestimmung haben müssen. Diese Entwicklung muss man natürlich auch politisch fördern und dabei die Strukturen im Auge behalten, die dieses Selbstbestimmungsrecht erschweren, verhindern, blockieren. Und in diesem Zusammenhang gehört es dann auch dazu, dass man den Professionellen und Hauptamtlichen auf die Finger schaut und sagt: Es kann nicht sein, dass in einer Expertengesellschaft Betroffene, die sich selber artikulieren können, durch Experten „entmündigt" werden – auch wenn es durchaus Situationen geben mag, in denen sich Betroffene zeitweilig oder dauerhaft nicht mehr artikulieren können. Aber im Fall der Behinderten haben wir zumeist eine ganz andere Situation. Dort, wo sie sich artikulieren können, muss dies auch möglich sein.

(b) Beim zweiten Themenbereich, „Netzwerke", geht es um etwas viel Grundsätzlicheres und viel Komplizierteres in dieser Gesellschaft. Frau Ministerin Fischer hat zu Beginn der Veranstaltung in ihrer Rede mit dem Stichwort „Individualisierung" indirekt darauf hingewiesen. Ich glaube, wir suchen im Moment in dieser Gesellschaft nach einer neuen Form der Reorganisation dessen, was wir Gemeinwesen, Gemeinschaft, lokale Öffentlichkeit, informelle Netzwerke oder wie auch immer nennen. Das, was sich früher durch Nachbarschaft, Gemeinde, Freunde etc. gewissermaßen von alleine ergeben hat, ein naturwüchsiges Netz an Bezügen und Sozialkontakten – das Beispiel der Senioren, die einsamer werden, ist uns ja schön plastisch illustriert worden – ist in der Tat ein Problem geworden. Wie, so ist zu fragen, gelingt es modernen Gesellschaften, ihre Bürgerinnen und Bürger sozial zu integrieren, zu integrieren in einer Situation, in der Menschen immer weniger selbstverständlich in bestehende Netzwerke eingebunden sind, weil sie vielleicht nicht mehr dort leben, wo sie aufgewachsen sind, weil es nicht mehr so selbstverständlich ist, weil diese Naturwüchsigkeit für immer mehr Menschen verloren gegangen ist?

Wenn die erwachsen werdenden Kinder von zu Hause ausziehen, dann ist dies inzwischen weitaus häufiger mit einem Ortswechsel verbunden als dies früher der Fall war, als sie noch in der gleichen Gemeinde oder der nächsten Gemeinde gewohnt haben. Dieser neue Bedarf einer Herstellung und Organisation von Sozialkontakten und Gemeinwesenbezügen scheint mir ein ganz anderes Problem zu sein als die Frage der Selbstbestimmung von Behinderten. Das heißt, wir müssen gesellschaftlich sehr sorgsam überlegen, wie man hier in Zusammenarbeit mit Professionellen und Ärzten, mit Ehrenamtlichen, aber auch mit Nachbarschaftshilfe, die verloren

gegangenen Sozialkontakte reorganisieren, ein Stück Gemeinwesen neu und auf andere Weise herstellen kann. Dies ist eine sehr grundlegende zivilgesellschaftliche Herausforderung, die alle angeht, nicht nur die einzelnen Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die Politik.

(c) Beim dritten Problemkreis in Sachen Bürgerengagement nun kommen wir spätestens auch zu den Hauptamtlichen und Berufstätigen im sozialen Sektor, die man in diesem Zusammenhang nicht vorschnell an den Rand drängen sollte. Hierbei geht es zuallererst um jene Formen der Hilfe, die man als „Hilfe für Fremde" bezeichnen könnte, sprich: um Hilfe für Menschen, die nicht die eigenen Freunde, Nachbarn oder Verwandten sind, um Menschen, die niemanden haben, der sich um sie verantwortlich und kompetent kümmert, die niemanden kennen, der fraglos für sie da ist, die aber dennoch auf Hilfe angewiesen sind. Und genau für diese Personengruppe ist der Ausbau des Wohlfahrtsstaates ein Segen, ist das beruflich organisierte Sozialwesen eine eminent wichtige Errungenschaft der Moderne.

Nicht das Ehrenamt, die Gesellschaft hat sich verändert

In diesen letztgenannten Fällen geht es somit um eine fast schon „klassische" Form des Ehrenamts, zunächst einmal etwas nicht für die Nachbarn, nicht für die eigenen Freunde, sondern für fremde Menschen zu tun. Ich habe den Eindruck, dass sich genau in diesem Punkt die Gesellschaft enorm verändert hat. Und deshalb könnte man im Angesicht dieser Entwicklung fast eine Art Gegenthese zu dem vielfach behaupteten Werte- und Motivationswandel auf Seiten der Ehrenamtlichen formulieren: Nicht das Ehrenamt, sondern die Gesellschaft hat sich verändert, nicht die Motive der Menschen haben sich vorrangig verändert, sondern die Strukturen und Rahmenbedingungen, das Umfeld des Ehrenamts. Und über diese Veränderungen muss geredet werden, denn nur so lässt sich die gewandelte Situation des Ehrenamts heute vernünftigerweise erklären und dieses im gesellschaftlichen Gesamtgefüge zwischen Experten und Selbsthilfe, zwischen Eigenverantwortung und Fremdhilfe neu platzieren.

Ich will diesen Strukturwandel an einem Beispiel verdeutlichen, das bei dieser Debatte meist übersehen wird: dem Wandel der Wohlfahrtsverbände. Die Wohlfahrtsverbände sind von ihrer Geschichte her zweifellos angetreten als ehrenamtliche Organisationen. Menschen haben sich in den Vereinen und Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege engagiert, wollten dort etwas Praktisches machen, praktische Solidarität und Nächstenliebe üben. Sie haben in ungemein vielen gesellschaftlichen Bereichen im positiven Sinne etwas angezettelt, auf etwas aufmerksam gemacht. Heute nun sind die Wohlfahrtsverbände als Gesamtkomplex ein großer Wirtschaftszweig, eine Branche, wenn man sie als Gesamtkorpus betrachtet. Auch wenn es sich bei den Wohlfahrtsverbänden vor Ort vielfach um kleine soziale Einrichtungen handelt, sind inzwischen unter dem Strich im Gesamtgefüge der Wohlfahrtspflege dennoch rund 1,2 Millionen Menschen beschäftigt, also von Berufs wegen erwerbstätig. Das ist ein so fundamentaler gesellschaftlicher Wandel allein in den Reihen der Wohlfahrtsverbände, dass schon daran deutlich wird, wie fundamental sich die Rahmenbedingungen in den traditionellen Hochburgen des Ehrenamts verändert haben.

Hinzu kommt ein weiterer Punkt. Vorhin wurde das Beispiel „Frauen" angesprochen; auch deren Lage hat sich nachhaltig verändert. Wir haben inzwischen buchstäblich Massen von jungen Frauen – aktuell rund eine halbe Million im Rahmen der einschlägigen Ausbildungen –, die sich gegenwärtig für einen sozialen oder pädagogischen Beruf qualifizieren. Das ist ein Zigfaches von dem, was vor 20, vor 30, vor 50 oder gar vor 100 Jahren ausgebildet wurde. Das heißt, viele Menschen, insbesondere Frauen, machen heutzutage das zu ihrem Beruf, was sie früher unter Umständen ehrenamtlich gemacht hätten. Derartigen Veränderungen müssen wir Rechnung tragen und sie gesellschaftlich akzeptieren.

Ein gutes Beispiel für das neue In- und Miteinander ist das vorhin beschriebene Beispiel der Hospizbewegung, also zu sagen: Wir haben zwar viele freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber ohne die Hauptamtlichen geht das in einer Gesellschaft, die so kompliziert und so schnelllebig geworden ist, alles langfristig nicht mehr, wenn man nicht am Schluss nur noch Ehrenamtliche haben will, die nichts anderes zu tun haben, als permanent neue Ehrenamtliche, andere Gleichgesinnte zu suchen. Viele Vereinsvorsitzende können von diesem Dilemma ein Lied singen.

II.

Verschiedene Formen – verschiedene Anforderungen

Es müssen neue Konzepte her, und wir müssen dabei auch von dem aktuell immer wieder diskutierten Gegeneinander zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen weg. Natürlich gibt es in

dieser Hinsicht Probleme, aber diese gibt es auch zwischen den Ehrenamtlichen, das kann man doch nicht ernsthaft bestreiten, und es gibt diese auch zwischen den Hauptamtlichen. Wir müssen vermutlich sehr viel genauer darüber nachdenken, was einerseits Berufstätige und Profis können und machen sollen, und was andererseits die Aufgabe und Rolle der Ehrenamtlichen und Freiwilligen sein könnte, also derjenigen, die nicht von Haus aus eine Qualifikation dafür mitbringen.

Und dabei müssen wir die Differenzen beachten: Das Ehrenamt lässt sich heute nicht mehr über einen Kamm scheren. Es ist etwas völlig anderes, wenn man über Ehrenamt im Jugendalter redet oder wenn wir vom Ehrenamt bei Senioren sprechen. Beim letzteren stehen vielfach Berufsbiografien, auf jeden Fall eine ganze Menge Lebenserfahrungen dahinter. Da geht es in aller Regel nicht primär um mögliches Geldverdienen, da geht es auch nicht um eine spätere Qualifikation, sondern umgekehrt darum, erworbene Qualifikationen einzubringen, etwas an andere weiterzugeben. Etwas für andere und für sich zu tun, Kontakt mit anderen Menschen zu halten, soziale Vorsorge in eigener Sache zu betreiben: Das wären beispielsweise Stichworte, die bei dieser Gruppe von Bedeutung sind. Mit anderen Worten: Je nach Lebensphase, je nach Lebenssituation geht es beim Ehrenamt und bürgerschaftlichen Engagement um ganz unterschiedliche Typologien. Dieser Pluralität müssen wir Rechnung tragen und deshalb bei den entsprechenden Debatten langsam in ein Stadium kommen, in dem wir nicht ständig alles in einen großen Topf werfen.

Dies lässt sich an einer ebenso einfachen wie fundamental wichtigen Unterscheidung verdeutlichen: das Ehrenamt als befristete Episode im Lebenslauf auf der einen Seite und das Ehrenamt als dauerhafte Lebensform auf der anderen Seite. Und es ist nicht zufällig, dass bei Veranstaltungen dieser Art in aller Regel Menschen überwiegen, die sich schon 10, 15, 20 Jahre oder auch ihr ganzes Leben lang engagieren. Dem stehen aber auch Menschen gegenüber, für die das Ehrenamt eine begrenzte Phase und in ihrer Biografie eine befristete Episode darstellt, etwa im Jugendalter, in dem sich viele Jugendliche engagieren, anschließend jedoch wieder aufhören, da sich ihre Lebenspläne vorerst in eine andere Richtung entwickeln.

Die Gefahr bei solchen Veranstaltungen wie dieser ist häufig, dass sehr viele anwesend sind, die schon sehr lange dabei sind und sehr beeindruckende Ehrenamts-Biografien erzählen können, und deshalb aus dem Blick gerät, dass es auch ganz andere Ehrenamtliche gibt, dass nicht alle so intensiv, so verbindlich und so dauerhaft mitmachen wollen. Deshalb muss beides nebeneinander möglich sein. Es müssen Menschen auch das Recht haben zu sagen: „Ich mach' mal bei euch ein Jahr mit oder mach' vielleicht auch nur eine Sommerfreizeit mit. Dabei engagiere ich mich für die Jugendlichen, und ihr müsst mir auch die Freiheit zugestehen, dass ich anschließend wieder gehe." Die Gefahr in diesem Fall ist, dass viele befürchten, dass ihnen diese Freiheit, diese Unverbindlichkeit nicht gewährt wird, nach dem Motto: „Wenn Du einmal drin bist, kommst Du da nie wieder raus."

Unsere ExpertInnen auf dem Podium zur Frage: Wie geht's weiter mit dem bürgerschaftlichen Engagement?

III.

Das Ehrenamt – Eine Frage des Geldes und der Zeit

Mich irritiert ein wenig die Debatte, soweit sie sich direkt oder indirekt ums Geld bzw. um Fragen der „materiellen Gratifikationen", wie man dies so schön nennt, dreht. Dazu zwei Hinweise: Erstens finde ich es ganz abwegig, auf die Idee zu kommen, weil wir Steuern senken wollen, muss das ehrenamtliche Engagement steigen. Ich kann zwischen diesen beiden Dingen keinen kausalen inhaltlichen Zusammenhang erkennen.

Die Ambivalenz des Geldes sehe ich an ganz anderer Stelle. Diesbezüglich war das vorhin vorgestellte Projekt „Senioren helfen Senioren" ein gutes Beispiel. Kaum wird etwas günstig und erschwinglich für ältere Menschen gemacht, schon steht die Handwerkerinnung da und sagt: „Halt mal, ihr nehmt uns ja unsere Aufträge weg." Die Schwierigkeit in diesem Fall liegt in dem Umstand, dass mit diesem Konzept der Tauschringe und der Seniorenhilfsdienste eine Art „Naturaltausch" wiederbelebt wird, der letztlich Geld als Währung außer Kraft setzt, dafür aber eine andere, interne Währung zugrundelegt. Und damit werden neue, genauer, alte Formen der indirekten materiellen Gratifikation wiederbelebt, die einen, wie das im Steuerrecht heißt, sogenannten „geldwerten Vorteil" darstellen.

Das löst mittelfristig allerdings keine Steuerpolitik, da es auf der einen Seite zwar möglicherweise sozial induzierte Kosten zu sparen hilft, auf der anderen Seite aber zugleich auch marktorientierte Arbeitsplätze substituiert und so Steuereinnahmen verhindert. Derartige Tauschringe und Hilfsdienste sind vor allen Dingen wichtig für Menschen, die keinen anderen haben, der ihnen hilft, da sie zuallererst diese Formen der Unterstützung brauchen. Und deshalb bewahrheitet sich wieder einmal eine wichtige Einsicht in die Spielregeln des Ehrenamts: Ehrenamt ist ohne Geld und ohne Zeit nicht zu haben. Alleinerziehende, die nicht so viel Geld haben, sich ihren Lebensunterhalt verdienen und deshalb arbeiten müssen, können eben ihre Zeit nicht zugleich ins Ehrenamt investieren. Andere wiederum hätten zwar Geld, nicht aber die Zeit fürs Ehrenamt.

Zum zweiten Punkt: Ich kann ja verstehen, dass die Politik und die Verbände bei diesem Thema ganz klar sagen: „Mit Geld hat das alles nichts zu tun, mit Geld darf es auch nichts zu tun haben." Die empirische Wirklichkeit ist allerdings eine andere. Ich finde, wir müssen uns dieser Diskussion um das Verhältnis von Ehrenamt und Geld stellen. Dies mag dem einen oder anderen an einigen Punkten nicht schmecken, und ich kann auch prinzipiell verstehen, wenn man in diesem Punkt eine entschiedene Position einnimmt. Aber nach allem, was wir aus empirischen Studien wissen, ist das Thema schwieriger und vielfältiger. Das Materielle in Formen von Aufwandsentschädigungen oder aber – das muß man fairer Weise hinzurechnen – in Formen indirekter materieller Gratifikation, kann im Umfeld des bürgerschaftlichen Engagements durchaus eine nicht unwesentliche Rolle spielen, keineswegs durchgängig, keineswegs vorrangig oder in einem erheblichen Volumen, aber eben als eine willkommene Nebenwirkung, als ein erfreulicher Nebeneffekt. Jemand der ehrenamtlich einen Kirchenchor leitet und dafür 400,– DM an Aufwandsentschädigung im Monat bekommt, nimmt dieses Geld vielleicht auch gerne, hat es für sich und seine Familie fest einkalkuliert, obgleich er genauso selbstverständlich sagt: „Ich mache es nicht des Geldes wegen, ich mache es aus Spaß und Befriedigung." Das muss kein Widerspruch sein. Deshalb könnte es immerhin sein, dass derartige Formen direkter und indirekter materieller Gratifikationen eine wichtige Funktion dahingehend haben, den einen oder anderen zu animieren, erst einmal mitzumachen und sich zu engagieren.

IV.

Offenheit nach außen – Ein Problem der Organisationen

Ich denke, dass der unzulängliche Umgang der Organisationen mit dem Ehrenamt, besser mit den Ehrenamtlichen, ein wichtiger Punkt ist. Und diesbezüglich trifft die Verbände gar keine unmittelbare Schuld, da diese Unzulänglichkeiten auch in jeder Selbsthilfegruppe zu beobachten sind. Auch diese weiß, wenn sie einmal in den Spiegel schauen würde, im Grunde genommen von sich selber, dass Organisationen, dass selbst Gruppen von Menschen die Tendenz haben, sich nach außen hin abzuschotten, wenn sie sich mal nach innen gefunden haben und sich untereinander wohl fühlen. In dieser Situation gibt es für viele Gruppen und Organisationen meist gar kein existentielles Interesse mehr daran, dass Neue, dass neue Ehrenamtliche hinzukommen, sofern kein dringender Bedarf besteht, dass noch irgend jemand gebraucht wird und mithilft.

Das ist ein heikler und vielfach tabuisierter Punkt, den beispielsweise Jugendverbände, aber auch viele gut eingespielte Vereinskulturen im-

mer wieder durchlitten haben. Nach außen und offiziell sagen sie immer: „Kommt doch, kommt doch!“ Und wenn dann wirklich einer kommt, dann sind sie alle irritiert, weil sie eigentlich gar nicht wissen, was sie mit ihm anfangen sollen. Das ist ein Phänomen, mit dem alle Organisationen mehr oder weniger zu kämpfen haben. Die Frage, die sich dementsprechend stellt, lautet: Wie kann ich Organisationen so niedrigschwellig machen, dass nicht jeder, der sich nur in die Nähe traut, am liebsten schon wieder an der Tür abhauen will oder gar nicht erst bis zur Tür kommt. Dazu müssen neue Formen und Wege entwickelt und erprobt werden. In der Jugendarbeit kann ich es beispielsweise bis heute kaum verstehen, dass Jugendorganisationen nicht selbstverständlich einen Tag der Begegnung in und mit der Schule veranstalten, also hingehen und Jugendliche direkt ansprechen und so versuchen, persönliche Kontakte herzustellen. Zumindest haben Organisationen das Thema nicht im Griff, solange Jugendliche etwas ratlos dastehen und sagen: „Zu welchem Verband soll ich eigentlich gehen? Wo soll ich mich hinwenden?“ In dieser Hinsicht müssen die Verbände und Organisationen umdenken. Die Tradition der automatischen Rekrutierung – dass gewissermaßen alle von alleine kommen – ist wohl endgültig vorbei.

V.

Zu viel und zu wenig Forschung

Es macht keinen Sinn, in Sachen Ehrenamt an dieser Stelle im Detail über den Stand der Forschung zu sprechen. Was sich aber zur Zeit zeigen läßt: Es gibt auf der einen Seite zu wenig Forschung, und es gibt auf der anderen Seite viel zu viel Forschung, also die gleiche Sorte von Forschung, die nur Unterschiede produziert, ohne wirklich Neues, Anderes zu produzieren. Jeder zieht irgendeine Studie aus der Tasche und sagt: „Ich kann meine Aussage mit den Daten der Studie X belegen.“ Und in der Tat: Man kann inzwischen zu fast jeder Aussage, die jemand in Sachen Ehrenamt macht, zumindest eine Studie finden, die diese Position auch belegt. Und man kann dann eine zweite Studie heranziehen, die das genaue Gegenteil ebenfalls belegt. Diese Entwicklung scheint mir relativ witzlos zu sein. Das Dilemma ist in diesem Punkt, dass es die Politik bislang versäumt hat, das Thema Ehrenamt zu einem forschungspolitisch systematischen Thema zu machen. Das heißt, es müssten endlich einmal systematisch die richtigen Leute zusammengebracht werden, und es müsste so etwas wie eine Forschungsagenda formuliert werden – und nicht da und dort wieder eine Legitimationsforschungsstudie erzeugt werden, mit deren Hilfe dann der Verband A oder die Organisation B sagt: „Wir haben wieder einmal bewiesen, wir machen eine gute Arbeit und unsere Ehrenamtlichen sind zufrieden.“ Auf diesem Wege kommen wir in Sachen Forschung nicht weiter.

Ministerin Birgit Fischer im Gespräch mit Sophie Graebsch-Wegener.

VI.

Bürgerschaftliches Engagement – Eine Frage der Öffentlichkeit

Die eigentliche Herausforderung in Sachen Ehrenamt liegt noch vor uns. Solange dieses Thema ein Nischenthema ist, solange dieses Thema ein ressortpolitisches bleibt und kein gesellschaftspolitisches Thema wird mit Blick auf die Frage, wohin diese Gesellschaft geht, wird das Thema nicht aus seiner Defensive und seinem symbolträchtigen Gehalt herauskommen. Dahinter steckt ein Glaubwürdigkeitsproblem. Ich unterstelle allen, dass sie redlich bemüht sind. Aber: Es sind in der Regel eben auch in den Ministerien auffällig häufig die Frauen, die bei diesem Thema sehr offen, sehr zugänglich sind. Sucht man hingegen bei diesem Thema nach (männlichen) Beteiligten aus den Wirtschaftsministerien, dann findet man meist niemanden mehr, mit dem man reden kann. Versucht man die Industrie einzubeziehen, dann gibt es da zwei, drei Alibiindustrielle, die bereit sind, mitzumachen – und das auch nur, weil sie persönlich aus ihren eigenen biografischen Zusammenhängen einen Bezug zum Thema haben. Kurz: Das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement sind bislang immer noch keine gesellschaftspolitischen Themen. Und genau das müssten sie aber werden.

Wolfgang Stadler
Sprecher der AG Bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe der Freien Wohlfahrtspflege in NRW
Bezirksgeschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt in Ostwestfalen-Lippe

1. Wohlfahrtspflege überlebt nur mit Ehrenamt

Wenn die These stimmen sollte, dass jeder sich nur noch um sich selbst kümmert und das Interesse an den Mitmenschen kaum vorhanden ist, gäbe es die Freie Wohlfahrtspflege nicht mehr. In sämtlichen Organisationen ist nach wie vor das ehrenamtliche Engagement lebensnotwendiger und bestimmender Bestandteil der Arbeit. Ganze Arbeitsfelder und Arbeitstypen würden nicht mehr existieren. In unzähligen Vereinen und Selbsthilfegruppen beispielsweise des Paritätischen, der Caritas, des Diakonischen Werkes, des DRK, der AWO, aber auch der Jüdischen Kultusgemeinde spielt Ehrenamt nach wie vor eine sehr wichtige und bestimmende Rolle.

2. Wohlfahrtspflege entstand aus Ehrenamt

Die Wurzeln und Traditionen der Wohlfahrtsverbände im Bereich bürgerschaftliches Engagement sind einerseits sehr unterschiedlich, andererseits auch sehr verbindend: Das gemeinsame Selbstverständnis der Verbände ist geprägt durch sozialverantwortliche Ethik und Humanismus, demokratische und partizipatorische Grundhaltung.

Auf Grund unterschiedlicher historischer Wurzeln sind sie orientiert an den Werten des Christentums ebenso wie an den solidarischen Traditionen der Arbeiterbewegung. Vor diesen Hintergründen wird dem bürgerschaftlichen Engagement traditionell eine besondere Bedeutung beigemessen.

3. Zugänge haben sich geändert

Es ist unstrittig so, dass sich die Zugänge zu dieser ehrenamtlichen Arbeit geändert haben. Menschen lassen sich nicht mehr an Organisationen und an deren Aufgabenbereiche binden, wie sie dies noch vor 10, 20, 50 oder 100 Jahren gemacht haben. Es wäre aber auf jeden Fall falsch, von einer generellen Resignation oder von drastisch zurückgehenden Zahlen zu sprechen. Nach vorsichtigen Erhebungen engagieren sich über eine Million Menschen in der Freien Wohlfahrtspflege ehrenamtlich.

4. Beschreibungen aus den Verbänden

Ich kann zurzeit keine repräsentative Erhebung aus der Freien Wohlfahrtspflege bieten. Einige Verbände beschreiben, dass ihre Mitglieder im Durchschnitt stetig älter werden und wenig jüngere Menschen nachwachsen, einige beschreiben eine zunehmend lockere Bindung zur Organisation, andere berichten von zurückgehenden Mitgliederzahlen. Andererseits gibt es eine wachsende Zahl von Selbsthilfegruppen, die der Freien Wohlfahrtspflege angeschlossen sind.

5. Was ist neu?

Es hat sich etwas verändert, damit muss man umgehen, dazu muss man neue Formen der Ansprache, der Organisation, der Werbung finden. Kennzeichnend ist, dass bei vielen Organisationen der ausschließliche Zugang zur ehrenamtlichen Arbeit über die ideologische oder religiöse Anbindung an die Organisation nicht mehr unbedingt im Vordergrund steht.

Es gibt unterschiedliche Zugänge zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement." Nach wie vor interessieren sich Menschen für die Arbeit der Wohlfahrtsverbände, weil sie sich mit den Zielen und der Ethik eines Wohlfahrtsverbandes identifizieren können.

Darüber hinaus gibt es eine wachsende Gruppe von Menschen, die sich auf Grund bestimmter inhaltlicher Themen und sozialpolitischer Schwerpunktsetzung mit einer Sache und den damit verbundenen Tätigkeiten identifizie-

ren, nicht unbedingt mit der Organisation. Diese Menschen werden durch Freiwilligenagenturen, Freiwilligen-Workshops oder sogar durch Stellenanzeigen angesprochen.

6. Beide Säulen sind erforderlich

Die Freie Wohlfahrtspflege braucht beide Bereiche des bürgerschaftlichen Engagements: Einmal diejenigen, die sich mit den Zielen oder Idealen eines Verbandes identifizieren, seine historischen Wurzeln kennen und den Verband damit am Leben erhalten. Aber ebenso Menschen, die gezielt bestimmte Themen mit ihrem Engagement nach vorne bringen, neue thematische Impulse liefern und im Sinne eines Controllings tradierte Wege auch in Frage stellen.

7. Freiwillige ersetzen keine Hauptamtliche Arbeit

Ein Sparprogramm wird es mit der Freien Wohlfahrtspflege nicht geben.

Ich möchte noch einmal betonen: In wesentlichen Bestandteilen gäbe es die Freie Wohlfahrtspflege nicht, wenn es nicht ehrenamtliches Engagement gäbe. Von daher erübrigt sich die Frage, ob ehrenamtliche bzw. freiwillige Arbeit hauptamtliche Arbeit ersetzt. Es wäre aber auch sicherlich ein Fehler, zu glauben, man könne bürgerschaftliches Engagement durch hauptamtliche Arbeit ersetzen.

8. Freiwillige – Das Salz in der Suppe/ identitätsstiftend

Ich möchte hier die folgende These aufstellen: Die Kreativität, die Gemeinwohlverpflichtung, die Spontaneität, die Freude am Helfen, die Bereitschaft zur Partizipation, das Engagement etc. kann man nicht durch hauptamtliche Jobs ersetzen. Die soziale DienstleistungsGmbH & Co. KG als Endprodukt der Entwicklung der Freien Wohlfahrtspflege ist weder gewollt noch vorstellbar. Sie würde der Freien Wohlfahrtspflege ihre Identität und die Existenzberechtigung rauben. Um es noch pointierter auszudrücken: Der Unterschied zu privatgewerblich und gewinnorientierten Unternehmen besteht genau in der Förderung und in der Ansprache des sozialen Ehrenamts und der Freiwilligenarbeit.

9. Einspartendenzen beobachten

Trotzdem gilt es wachsam zu sein: Der Aufbau hauptamtlicher Strukturen von weitaus mehr als 400.000 Vollzeitarbeitsplätzen in NRW mit den natürlich im Zusammenhang damit anfallenden Kosten, die weitaus überwiegend von öffentlicher oder anderer Kostenträgerseite erbracht werden, kann den einen oder anderen dazu verführen, ehrenamtliches Engagement als Ersatz für diese hauptamtlichen Aktivitäten anzusehen. Hier müssen wir wachsam sein und uns an entscheidender Stelle äußern.

10. Freiwillige in den Strukturen

Im nächsten Schritt geht es um die Kooperationsentwicklung von Ehrenamt und engagierten Freiwilligen mit ihren unterschiedlichen Auffassungen und Haltungen zu bürgerschaftlichem Engagement.

Insbesondere in den Strukturen der Freien Wohlfahrtspflege muss darüber nachgedacht werden, wie diesem neuen Typus von freiwilligen Helfern einerseits und auch den gestiegenen und veränderten Anforderungen andererseits entgegengekommen werden kann. Das ursprüngliche ehrenamtliche Engagement und die normale Vereinsarbeit gingen Hand in Hand und waren unverzichtbar. Da die neuen Freiwilligen und auch die Selbsthilfe nicht unbedingt in diese üblichen Vereinsstrukturen eingebunden sein wollen, müssen hier, konkret über Satzungsänderungen, Mitbestimmungsmöglichkeiten etc., Wege zur Mitwirkung in der Organisation geschaffen werden.

11. Zusammenhang Selbsthilfe – Bürgerschaftliches Engagement

Nach unserem Verständnis ist Selbsthilfe konstitutiver Bestandteil des bürgerschaftlichen Engagements. Wir unterscheiden drei Elemente:

- Das Ehrenamt, welches geprägt ist durch eine enge Identifikation mit dem Verband (Mitgliedschaft) und ein dauerhaftes Tätigsein.
- Die Freiwilligenarbeit, welche geprägt ist durch punktuelle, themenbezogene zeitlich begrenzte Tätigkeit, die eine Mitgliedschaft nicht zur Konsequenz haben muss.
- Die Selbsthilfe, die zum Ziel hat, für sich und andere Lösungen für konkrete Anliegen zu suchen bzw. abzusichern.

Ich halte es für unerlässlich, dass die zum Teil künstlich geschürten Auseinandersetzungen zwischen der Selbsthilfe und der organisierten Wohlfahrtspflege in eine andere Umgangsform überführt werden.

Beide Formen haben ihre Existenzberechtigung. Die Selbsthilfe muss hier sicherlich darauf achten, inwieweit sie sich von ihrem eigentlichen Auftrag entfernt, je etablierter sie sich auf hilfeferne Aktivitäten einlässt. Die Freie Wohlfahrtspflege muss an manchen Stellen oder vielleicht auch an mehreren Stellen ihren Alleinver-

tretungsanspruch in der sozialen Arbeit überdenken und der Selbsthilfe ganz konkrete Kooperationsmöglichkeiten anbieten.

Die Freie Wohlfahrtspflege muss insbesondere an den Stellen, wo sie über ihre noch vorhandenen Privilegstellungen auch an Fördermittel herankommen kann, diese der nicht organisierten Selbsthilfe öffnen.

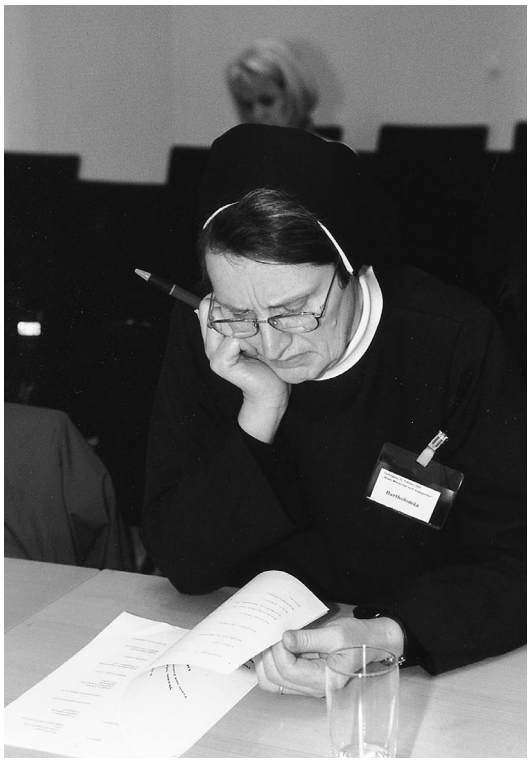
Grundlegend gilt für mich Folgendes: Soziale Arbeit und Sozialpolitik stehen so stark auf der Kippe, dass unterschiedlich gewachsene und strukturierte Organisationen bei fortwährenden Hahnenkämpfen den Bekämpfern des Sozialstaates zu viele Ansatzpunkte bieten, um letztendlich ihre Organisation zu schwächen.

12. Entlohnung / Entschädigung

Grundsatz muss sein, dass es auf keinen Fall Entlohnung gibt für freiwillige Arbeit, sonst wäre es keine freiwillige Arbeit. Um auch erst gar nicht in den Grenzbereich von Billigarbeit zu kommen, sollte folgendes Prinzip gelten: Alle materiellen Aufwendungen, außer der Arbeitszeit, die ein Freiwilliger in das Feld einbringt, sollte man ihm vom Prinzip her erstatten.

Man muss aber auch zur Kenntnis nehmen, dass es in vielen Bereichen keinerlei Refinanzierungsmöglichkeiten gibt. Schwerpunkt der Überlegung sollte deshalb nicht die Frage nach einer Entlohnung sein, sondern der systematische Aufbau von Rahmenbedingungen für die Freiwilligenarbeit. Hier möchte ich nur einige Punkte aufführen:

- Beschreibung des Tätigkeitsfeldes
- Angebot zur Übernahme von eventuell anfallenden Fahrtkosten



Mit großer Nachdenklichkeit folgen viele TeilnehmerInnen dem Diskussionsaustausch und Verlauf der Fachtagung.

- Übernahme der Kosten für Materialien, Bücher etc.
- Selbstverständliches Einführungsgespräch
- Angebot von Fortbildung
- Selbstverständliche Erstellung eines qualifizierten Tätigkeitsnachweises
- Absicherung aller im Zusammenhang mit der Freiwilligentätigkeit bestehenden Risiken (Unfall etc.)
- Kampf für die Anerkennung der ehrenamtlichen und freiwilligen Tätigkeit im Zusammenhang mit Rentenansprüchen und bei der Steuer
- Angebot eines ausgebildeten Berater- und Vermittlungspools in den Kommunen (Agenturen etc.)

Prof. Dr. Margherita Zander
Fachhochschule Münster

I. Bestandsaufnahme aus der Geschlechterperspektive

1. Wandel und Vielfalt des Engagements

Seit über zehn Jahren diskutieren wir nun über einen Strukturwandel des Ehrenamtes. Zu den traditionellen Formen ehrenamtlichen Engagements in Verbänden, Vereinen, Parteien, Gewerkschaften und Kirchen – um nur einige zu nennen – sind neue Formen im Bereich der Selbsthilfe, der selbstorganisierten Initiativen, der Freiwilligen-Agenturen und Tauschbörsen hinzugekommen.

Im Ergebnis ist jedenfalls festzuhalten, dass wir heute von einer Vielfalt von ehrenamtlichen, freiwilligen und bürgerschaftlichen Arbeits- und Engagementformen auszugehen haben, was sich ja auch in einer entsprechenden Vielfalt der gebräuchlichen Begrifflichkeit manifestiert. Meines Erachtens ist es daher wichtig, dass wir in der Diskussion diese Vielfalt und vor allem das Nebeneinander dieser unterschiedlichen Engagementformen im Auge haben.

Dieser Strukturwandel des Ehrenamtes ist im Übrigen als Folgeerscheinung eines generellen gesellschaftlichen Wandels zu sehen, mit dem sowohl tiefgreifende Veränderungen in der Arbeitswelt als auch in den Lebensformen und Lebensverläufen der Menschen einhergegangen sind.

Mich interessiert in diesem Zusammenhang vor allem die Frage, inwieweit dieser Strukturwandel des Ehrenamtes und seine heutige Vielfalt durch den erfolgten Wandel in den Geschlechterrollen ausgelöst worden ist. Jedenfalls ist es mein Part, den Fokus auf das Geschlechterverhältnis im bürgerschaftlichen Engagement zu lenken.

2. Widersprüche des Themas

Aus der Geschlechterperspektive erscheint mir der aktuelle öffentliche Diskurs über freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement zunächst einmal eher widersprüchlich:

- Im Vergleich zur alten Ehrenamtsdiskussion wird die aktuelle Auseinandersetzung um bürgerschaftliches Engagement weitgehend geschlechtsneutral geführt. Als ein Beispiel hierfür möchte ich die Bezeichnung der Bundesstiftung „Bürger für Bürger" anführen, die angesichts der überproportional starken Beteiligung von Frauen in vielen ehrenamtlichen Bereichen schon mehr als seltsam anmutet.
- In verschiedenen regionalen, verbands- oder bereichsspezifischen Studien werden die geschlechts- wie auch altersspezifischen Unterschiede bezüglich Motivation und Engagementprofil zwar herausgearbeitet; letztlich werden jedoch keine geschlechtsspezifischen Folgerungen im Hinblick auf die Ausgestaltung von Rahmenbedingungen sowie Förderung des freiwilligen Engagements gezogen.
- Auffällig ist auch, dass die Appelle für eine Ausweitung des bürgerschaftlichen Engagements und der Freiwilligenarbeit, die vor allem von der Politik ausgehen, sich zumeist geschlechtsneutral an Frauen wie an Männer wenden.[2] Dies könnte man – positiv gewendet – als Zeichen für eine auch in diesen

2 Vgl. Notz, Gisela: Das neue Ehrenamt. In: Sozialmagazin; 1999, H. 3, S. 25 ff.

Bereich eingekehrte Gleichstellung der Geschlechter interpretieren. Dabei wird jedoch über die nach wie vor gegebenen geschlechtsspezifischen Differenzen der Lebenszusammenhänge und der Engagementprofile hinweggegangen.

Insbesondere richtet sich das Angebot von freiwilliger gemeinnütziger Betätigung, die als Ersatz für Erwerbsarbeit gedacht ist, an Frauen und andere aus der Erwerbsarbeit ausgegrenzte Gruppen – ich denke dabei an die öffentlich viel diskutierte Konzeption von Bürgerarbeit des Soziologen Ulrich Beck.[3]

3. Das traditionelle Ehrenamt

Auch auf die Gefahr hin etwas zu wiederholen, was zur Genüge bekannt ist, möchte ich zunächst doch an die geschlechtsspezifischen Merkmale des traditionellen Ehrenamtes erinnern, um anschließend auf die Geschlechtsspezifik im „neuen Ehrenamt" einzugehen.

Das traditionelle, institutionengebundene Ehrenamt war keineswegs ein homogenes Feld, sondern in unterschiedliche Bereiche ausdifferenziert; mit Gisela Notz unterscheide ich dabei zwischen einem politischen oder leitenden Ehrenamt einerseits und einem sozialen oder dienenden Ehrenamt andererseits.[4] Diese Differenzierung liegt im übrigen quer zu den verschiedenen Bereichen: so kann man in einem Wohlfahrtsverband sowohl ehrenamtlich im Vorstand mitwirken wie auch als Ehrenamtliche/r unentgeltlich soziale Arbeit leisten.

Frauen waren – und sind wohl heute noch – mehrheitlich im Bereich sozialer und pflegerischer Tätigkeiten, d.h. eher in den sogenannten dienenden Bereichen engagiert, Männer verstärkt im politischen oder leitenden Ehrenamt.

Vieles ist hier auch heute noch wie es immer schon war, und gleichzeitig ist dennoch so manches im Fluss und verändert sich.

Bekannt ist ebenso, dass im traditionellen sozialen Ehrenamt vor allem Frauen – mittleren Alters, während oder nach der sogenannten Familienphase – tätig waren. Das vorrangig caritative Motiv war nicht die einzige Triebfeder; es wurde vielmehr durch vielschichtige Motive überlagert. Viele Frauen haben damit auch die Hoffnung auf eine berufliche Qualifizierung und einen später möglichen Wiedereinstieg ins Berufsleben verbunden.[5] Gisela Notz hat darauf hingewiesen, dass etwa ein Drittel der ehrenamtlich in sozialen Verbänden engagierten Frauen lieber einer bezahlten Arbeit nachgegangen wäre.[6]

4. Gegenwärtige Form von Engagement

Wie sieht nun in der aktuellen Landschaft mit den vielfältigen neuen und alten Engagementformen die geschlechtsspezifische Beteiligung aus?

Inwieweit lässt sich die These, dass der Strukturwandel des Ehrenamtes mit dem Geschlechterrollenwandel einhergegangen ist, anhand von vorliegenden empirischen Daten nachvollziehen?

Unschwer lässt sich meines Erachtens nachweisen, dass die Krise des sogenannten traditionellen, hier insbesondere des sozialen Ehrenamtes in Wohlfahrtsverbänden und caritativen Einrichtungen vor allem durch die zunehmende Frauenerwerbstätigkeit und veränderte Lebensorientierungen von Frauen (in Westdeutschland) ausgelöst worden ist. Der Typus von Frauen mittleren Alters, die sich – ausgegliedert aus dem Arbeitsmarkt und angesichts abnehmender Familienpflichten – in diesem Arbeitsfeld engagieren, steht offensichtlich nicht mehr in dem Maße wie früher zur Verfügung.

Gleichzeitig wird aber auch ein positiver Zusammenhang – und dies ist nur ein scheinbarer Widerspruch – zwischen zunehmender Erwerbstätigkeit von Frauen und deren Bereitschaft zu ehrenamtlicher Tätigkeit festgestellt. So wurde beispielsweise in einer Studie, die vom schleswig-holsteinischen Frauenministerium (1994) in Auftrag gegeben wurde, festgestellt, dass berufstätige und insbesondere Teilzeit arbeitende Frauen in stärkerem Maße ehrenamtlich tätig sind als nicht-berufstätige Frauen.[7]

Dabei hat sich allerdings auch die Art des Engagements von Frauen verändert, das heißt sie wenden sich von jenen Formen des traditionellen sozialen Ehrenamtes ab, in dem sie vorrangig in dienender Funktion tätig gewesen sind, und wenden sich „hin zu stärker an der

---

3 Vgl. Beck, Ulrich: Die Seele der Demokratie. Wie wir Bürgerarbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren können, in: Die Zeit, Nr. 49/19997, S. 7–8

4 Vgl. Zander, M./Notz, G.: Ehrenamtliche soziale Arbeit und bürgerschaftliches Engagement in Thüringen, hersg. von der Heinrich Böll-Stiftung Thüringen, Erfurt 1997, S. 1

5 Dies gilt vor allem für erwerbslose Frauen im Osten – vgl. Zander/Notz 19997, a.a.O.

6 Vgl. Notz, Gisela: Frauen im sozialen Ehrenamt, Ausgewählte Handlungsfelder: Rahmenbedingungen und Optionen, Freiburg 1989

7 Vgl. Ministerium für Frauen, Bildung, Weiterbildung und Sport des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.): Ehrenamtliche Arbeit von Frauen und Männern in Schleswig-Holstein, Kiel 1994

Prof. Dr. Margherita Zander erläutert der Moderatorin Beate Kowollik ihre Thesen zum freiwilligen Engagement aus der Geschlechterperspektive.

beruflichen Ausrichtung und dem persönlichen und beruflichen Interesse ... orientierten Funktionen".[8] In dieser Hinsicht kommt es wohl zu einer Annäherung in den Motivkonstellationen von Männern und Frauen.

Auch wenn, nach wie vor, vor allem Frauen im traditionellen sozialen Engagement vertreten sind, so bilden sie doch auch die große Mehrheit im Bereich der Selbsthilfe, das heißt bei Engagementformen, die stärker den Charakter des Selbstbezugs und des „neuen Ehrenamts" aufweisen.

Allerdings weist die oben zitierte Studie darauf hin, dass sich Frauen nach wie vor sowohl in Bezug auf Erwerbstätigkeit als auch in Bezug auf zusätzliche ehrenamtliche Tätigkeit stärker an den Belangen der Familie orientieren als Männer.[9] Insbesondere Teilzeit arbeitende Frauen sind zusätzlich ehrenamtlich tätig, in dem Fall aber häufig ohne ausreichende materielle und soziale Absicherung, vor allem für das Alter.[10]

5. Frauen orientieren sich um

Ich kann hier die Beweisführung nicht sonderlich vertiefen, dennoch möchte ich – vor allem in Bezug auf Westdeutschland – die These vertreten, dass es die Frauen sind, die sich in ihren Engagementformen und bezüglich der Bereiche ihres Engagements neu orientieren. Zweifellos ließen sich ebenso Gegenbeispiele dafür anbringen, dass sich vereinzelt auch Männer umorientieren oder Frauen weiterhin an traditionellen Mustern festhalten.

Worum es mir geht: Ich möchte auf die Gleichzeitigkeit und das Nebeneinander unterschiedlicher Engagementvorstellungen und Lebensentwürfe hinweisen. Ich möchte aber auch betonen, dass viel im Fluss ist, dass neue Formen des freiwilligen Engagements beispielsweise im Kontext der Frauenbewegung entstanden sind, dass sich aber auch im Bereich des traditionellen Engagements in Verbänden, Parteien und Gewerkschaften Veränderungen vollzogen haben.

So hat zum Beispiel eine soeben erschienene Studie zum freiwilligen Engagement im paritätischen Landesverband Baden-Württemberg genau diese Widersprüchlichkeiten der Übergangssituation ein weiteres Mal bestätigt:

- dass nach wie vor Frauen vorrangig im sozialen Bereich engagiert sind: „Die Männer kommen durchaus, aber noch alles andere als gewaltig... sie halten nur einen 30% Anteil"[11], sieben von zehn Engagierten sind Frauen;
- „bezogen auf die Vorstandstätigkeiten liegt ihr (der Frauenanteil, M.Z.) Anteil bei 57%,

8 Ebd., S. 82
9 Vgl. ebd.
10 Interessant sind diesbezüglich auch Vergleiche der jeweiligen Einkommenssituation von Männern und Frauen; vgl. Zander/Notz 1997, a.a.O. und Reihs, Sigrid: Im Schatten von Freiheit und Erfüllung. Ehrenamtliche in Bayern, Bochum 1995
11 Bartjes, Heinz/Otto, Ulrich: Freiwilliges soziales Engagement im Paritätischen Wohlfahrtsverband. Quantitative und qualitative Befunde, Tübingen/Stuttgart 1999, S. 6

ohne nur Vorstandspersonen liegt er sogar bei 76,7%";[12] – meines Erachtens sind hier durchaus auch die Frauen im Kommen. Dies hat übrigens auch eine von mir gemeinsam mit Gisela Notz in Thüringen erstellte Studie ergeben: Frauen waren dort in den Vorstandspositionen häufiger vertreten als – aufgrund des Forschungsstands im Westen – anzunehmen gewesen wäre.[13]

II. Förderungsmöglichkeiten von freiwilligem Engagement – Verbesserung von Rahmenbedingungen (Handlungsansätze)

1. Förderung im Hinblick auf die Verteilung der Arbeit

Wenn wir über die zukünftige Entwicklung dieser verschiedenen Engagementformen diskutieren, so kann dies nur in einer Gesamtsicht auf die geschlechtsspezifische Verteilung von Arbeit (bezahlter wie unbezahlter) und die damit verbundenen Zugänge zu Ressourcen wie Einkommen, Qualifikation, Freizeit, Partizipation und sozialem Status in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft erfolgen.

Folgende Fragen wären diesbezüglich zu beantworten:

- Wie sollen/werden sich zukünftig die unterschiedlichen Arbeitsformen (bezahlte wie unbezahlte) zwischen den Geschlechtern verteilen?
- Welche gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten sind damit verbunden?
- Welches sind die Zugänge zu den unterschiedlichen freiwilligen Engagementformen?
- Sind hierfür für Männer und Frauen unterschiedliche Rahmenbedingungen zu schaffen oder Hürden zu beseitigen? (Frauenförderung auch in diesem Bereich?)
- Wie soll/kann die zukünftige Entwicklung gefördert/gesteuert werden? (Freiwilligkeit)

Wenn man die Förderung der Engagementbereitschaft tatsächlich ernst meint, bedarf es diesbezüglich einer Kooperation unterschiedlichster Akteure: von Kommunen, Unternehmen, Wohlfahrtsverbänden sowie der Engagierten selbst.

2. Förderung im Hinblick auf Biografien

Grundsätzlich könnte ich mich hier der Position von Gisela Jakob anschließen, die für Modelle plädiert, „die den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern ein Mehr an Optionen zur Gestaltung ihrer Arbeits-Biografie eröffnen".[14]

Allerdings geht es nicht darum, freiwilliges Engagement als Ersatz für Erwerbsarbeit anzubieten. Vielmehr sollen Optionen geschaffen werden, die den einzelnen ein Engagement entsprechend ihrer individuellen Lebenssituation ermöglichen. Der Erwerbsstatus ist dabei nur ein Aspekt.

Hierfür ist entscheidend, dass durch rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen erweiterte Möglichkeiten für individuelle Optionen geschaffen werden.

Ziel sollte dabei sein, die Durchlässigkeit und den Wechsel zwischen den verschiedenen Tätigkeitsbereichen zu erleichtern. Diesbezüglich sind die Unternehmen gefordert.

Sehr diskussionswürdig erscheint mir auch der Vorschlag, dass über sozialpolitische Maßnahmen nachgedacht wird, das heißt über Modelle, die eine Reduzierung der Erwerbsarbeit zugunsten von freiwilligem Engagement attraktiver machen oder ein „sabbatical" für freiwilliges Engagement ermöglichen.[15]

Hier geht es zum einen darum, ob die Mitgliedschaft in der Sozialversicherung in solchen Zeiten aufrecht erhalten werden kann und zum anderen, ob das freiwillige Engagement nicht auch bei der Ausgestaltung von Grundsicherungskonzepten Berücksichtigung finden kann (ohne dass es zu einer Verpflichtung dazu kommt).

3. Förderung im Hinblick auf die gesellschaftliche Position des Ehrenamtes

Wenn wir davon ausgehen, dass ehrenamtliches Engagement nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung zu anderen Arbeits- und Engagementformen zu sehen ist, ist vor allem Folgendes zu beachten:

- materielle Absicherung muss anderweitig gegeben sein,
- wir brauchen nicht nur Regelungen, die die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit sicherstellen, sondern zusätzlich solche, die daneben auch ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement ermöglichen;

12 Ebd., S. 20
13 Vgl. Zander/Notz 1997, a.a.O.
14 Jakob, Gisela: „Bürgerarbeit" oder freiwilliges Engagement?, unveröffentlichtes. Ms., vorgelegt in der Fachkommission „Sozial- und Arbeitsmarktpolitik" der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, Januar 2000, S. 8 und vgl. auch Jakob, Gisela: Zwischen Dienst und Selbstbezug, Opladen 1993
15 Vgl. Jakob, Gisela, ebd., S. 8 ff.

Ein Blick in den Tagungssaal im Technologiezentrum Umweltschutz in Oberhausen.

– des Weiteren sind Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine gleichberechtigte Partizipation von Männern und Frauen im Bereich des freiwilligen Engagements fördern.

Dies ist v.a. deshalb wichtig, weil damit häufig auch eine zusätzliche Qualifikationsperspektive verbunden ist und weil durch bürgerschaftliches Engagement erweiterte Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation eröffnet werden können.

III. Konkrete Fördermöglichkeiten durch die Politik

Ich will noch einige Vorschläge machen, die sich auf die verschiedenen politischen Ebenen von Bund, Länder und Gemeinden beziehen:

(1.) Auf Bundesebene scheint einiges in dieser Hinsicht in Planung zu sein wie Peter Haupt, Staatssekretär im BMFSFJ, kürzlich dargelegt hat[16], so zum Beispiel:

– Steuerbefreiung von Aufwandsentschädigungen
– Fragen des Haftungsrechts
– Gesetzliche Freistellungsregelungen für freiwilliges Engagement und Fortbildungsmaßnahmen
– Anerkennung bei Zugängen zu Ausbildung, Studium und Beruf.

Haupt weist in seinem Beitrag auch auf Verfestigungen bezüglich der geschlechtsspezifischen Hierarchisierungen im ehrenamtlichen Bereich hin; allerdings werden zur Vermeidung solcher Ungleichheit keine Handlungsmöglichkeiten benannt.

Nicht aufgegriffen wird offensichtlich die Forderung danach, ehrenamtliches Engagement durch sozialversicherungsrechtliche Anerkennung (zum Beispiel in der Rente) aufzuwerten.

(2.) Bezogen auf die Landesebene, möchte ich Vorschläge zur Diskussion stellen, wie sie in der oben zitierten Schleswig-Holstein-Studie unterbreitet worden sind:

– Verstärkte und gezielte Öffentlichkeitsarbeit (diesbezüglich ist mittlerweile sicherlich eine Menge passiert)
– modellhafte Frauenförderpläne, z.B.: Quotensysteme bei der Besetzung von Führungspositionen in Vereinen und Institutionen

16 Vgl. Haupt, Peter: Ehrenamt – Im Vorfeld des internationalen Jahres der Freiwilligen 2001, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins, 1/2000, S. 1–5

– In Zusammenarbeit mit den Verbänden besondere Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen, das heißt besondere finanzielle Anreize für Vereine und Verbände, die dergestalt Frauenförderung betreiben
– Qualifizierungsangebote, auch Bildung von Qualifizierungsverbünden – diese kämen sowohl denjenigen zugute, die sich engagieren wollen als auch kleineren Vereinen und Initiativen (eventuell durch Social Sponsoring)
– Ersatz von Aufwendungen durch öffentliche Förderung (siehe: Ehrenamtsgesetze anderer Bundesländer, zum Beispiel Thüringens)
– Insbesondere auch Angebote zur Kinderbetreuung, die die Zeitstrukturen des freiwilligen Engagements berücksichtigen.[17]

(3.) Mit Blick auf die Kommunen wären mir zum Beispiel zwei Dinge wichtig:

– Kinderbetreuungsangebote unter Berücksichtigung von Zeitstrukturen des ehrenamtlichen Engagements
– Zum anderen halte ich immer noch die Idee für gut, Ehrenamtlichkeit auf kommunaler Ebene durch die Bildung einer entsprechenden Infrastruktur zur Aktivierung, Förderung und Vermittlung des Potenzials zu unterstützen.

Ich denke dabei beispielsweise an Freiwilligen-Agenturen und Bürgerbüros. An Orten, an denen solche Strukturen nicht von Bürgerinnen und Bürgern organisiert entstehen, könnten sie von Kommunen in Form von Gemeinwesenzentren eingerichtet werden; diese könnten verschiedene Funktionen übernehmen, vor allem aber die Verbindung von Engagementförderung und Stadtteilarbeit.

Auch die Wirtschaft sollte nicht außen vor bleiben, die sich ja in der Bundesrepublik hinsichtlich der Förderung von Gemeinwesenaktivitäten – im Vergleich zu USA oder Großbritannien – sehr zurückhält:

– Zum Beispiel könnten Unternehmen durch Freistellungsregelungen für freiwilliges Engagement einen Beitrag leisten
– oder durch Anerkennung von ehrenamtlich erworbenen Kompetenzen bei der Beförderung.

17 Vgl. Ministerium für Frauen, Bildung, Weiterbildung und Sport des Landes Schleswig-Holstein 1 (Hrsg.) 1994.

Kontaktadressen

Prof. Dr. Bernhard Blanke
Universität Hannover, Abteilung Sozialpolitik und Public Policy
Institut für Politische Wissenschaft
Im Moore 13
D- 30167 Hannover

Tel.: 05 11 / 7 62-29 52 oder -47 91
Fax: 05 11 / 7 62-30 98
eMail: blanke@mbox.ipw.uni-hannover.de

Sophie Graebsch-Wagener
Sozial- und Jugenddezernentin der Stadt Hamm
Teichweg 1
79075 Hamm

Tel.: 0 23 81 / 17 30 25
Fax: 0 23 81 / 17 29 55

Elisabeth Siebrecht
Hospiz Essen-Steele e.V.
Leiterin der Ehrenamtler
Hellweg 100
45276 Essen

Tel.: 02 01 / 8 05 27 08
Fax: 02 01 / 8 05 27 08

Dr. Erwin Jordan
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Instituts für soziale Arbeit e.V.
Studtstraße 20
48149 Münster (Westf.)

Tel.: 02 51 / 92 53 60
Fax: 02 51 / 9 25 36 80
eMail: isa@muenster.de

Norbert Korte
Kontakt- und Koordinierungsstelle für Selbsthilfe und freiwilliges bürgerschaftliches Engagement
Oerweg 38
45675 Recklinghausen

Tel.: 0 23 61 / 2 90 18
Fax: 0 23 61 / 2 90 10

Gertrud Servos
Netzwerk von Frauen und Mädchen mit Behinderungen NRW e.V.
Mühlenstraße 62
41460 Neuss

Tel.: 0 21 31 / 2 41 31

Karin Nell
Netzwerk-Werkstatt Düsseldorf
Calvinstraße 14
40597 Düsseldorf

Tel.: 02 11 / 7 10 06 63 oder 97 13 20
Fax: 02 11 / 9 96 39 32

Cornelia Prüfer-Storcks
Staatssekretärin im
Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen
Fürstenwall 25
40219 Düsseldorf

Tel.: 02 11 / 8 55-31 20 oder -31 21
Fax: 02 11 / 8 55-32 65

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach
Universität Dortmund
August-Schmidt-Straße 4
44227 Dortmund

Tel.: 02 31 / 7 55 21-85 oder -68
Fax: 02 31 / 73 67 92

Wolfgang Stadler
AWO-Landesgeschäftsführer
Bundesverband OWL e.V.
Detmolder Straße 280
33605 Bielefeld

Tel.: 05 21 / 92 16-1 01
Fax: 05 21 / 92 16 -1 50

Prof. Dr. Margherita Zander
Fachhochschule Münster
Fachbereich Sozialwesen

Tel.: 02 51 / 8 36 57 01 oder 8 36 58 45
Fax: 02 51 / 8 36 57 02

Die Broschüre ist zu beziehen bei

Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (MFJFG)
Fürstenwall 25, 40219 Düsseldorf
Telefon: 02 11/8 55-5

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)
Abteilung GPI
Godesberger Allee 149, D- 53175 Bonn
Telefon: 02 28/8 83 3 40
Telefax: 02 28/8 83-4 91